

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) **Sicherstellung der Präventivmaßnahmen beziehungsweise Kostenübernahmen der Psychotherapien für Kinder und Jugendliche im Jahr 2006**

GRin. **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hierbei um die Sicherstellung der Präventivmaßnahmen beziehungsweise die Kostenübernahmen der Psychotherapien für Kinder und Jugendliche im Jahr 2006. Fast täglich sind wir in den letzten Wochen mit Meldungen von Gewaltausbrüchen bei Kindern und Jugendlichen konfrontiert. Präventivmaßnahmen, wie Psychotherapie für Kinder und Jugendliche, erscheinen uns immer wichtiger, um den betroffenen jungen Menschen zu helfen und damit sie auch nicht noch größere Probleme bekommen und in weiterer Folge weit intensiver betreut werden müssen, was auch einen erheblichen Kostenmehraufwand in der Therapie bedeuten würde.

Neue gesetzliche Bestimmungen schienen für alle Beteiligten von Vorteil zu sein. Jedoch gab es im Land eine überraschende Änderung der gesetzlichen Durchführungsbestimmungen durch den zuständigen Soziallandesrat Flecker, was zur Folge hat, dass diese Psychotherapiestunden für bedürftige Kinder und Jugendliche, die nicht direkt in der Erziehungshilfe betreut werden, ab Juni 2005 bis auf Weiteres nicht mehr finanziert werden können.

Es geht hier um Kinder und Jugendliche, deren Eltern oft nicht in der Lage sind, die anfallenden Therapiekosten zu zahlen und, wenn zum Beispiel Gewalt in der Familie vorliegt, wenden sich die Eltern eher weniger an das Jugendamt (wo natürlich gefährdete Kinder und Jugendliche therapeutisch behandelt werden), um Erziehungshelfer zu bekommen, sondern lassen auffällig gewordene traumatisierte Kinder lieber durch einen Psychotherapeuten behandeln, so auch die Expertenmeinung.

Die heilpädagogische Klinik kann den Bedarf dieser Kinder keinesfalls abdecken und es muss unser Ziel sein, in Präventivmaßnahmen, die nicht nur den betroffenen Kindern und deren Eltern viel Leid, sondern auch der Stadt längerfristig Kosten ersparen, zu investieren, um diesen Kindern und Jugendlichen zu helfen.

Weiters sind die Betreuungskosten auf der heilpädagogischen Station weitaus höher als die der psychosozialen Zentren.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl wird ersucht, wie im Fachausschuss besprochen, im Sinne der auf therapeutische Hilfe angewiesenen Kinder und Jugendlichen zu handeln und diese Therapien im Rahmen der derzeit laufenden Budgetverhandlungen einzubringen, dass diese Anliegen auch im Budget 2006 Berücksichtigung finden und sich in weiterer Folge mit den Vertreter der Psychotherapeuten zu vernetzen, damit es zu einer sinnvollen Kostenübernahme der Therapien kommt und die Belastungen nicht über das vorgesehene Ausmaß hinaus weiter steigen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl** zur Dringlichkeit: Die sozialdemokratische Fraktion wird der Dringlichkeit nicht zustimmen, nicht weil wir das nicht für ein wichtiges Thema hielten, aber ich habe ja auch der Frau Gemeinderätin Bauer im persönlichen Gespräch schon deutlich gemacht, dass es keine Dringlichkeit mehr gibt, weil es von Seiten der dazugehörigen Rechtsabteilung jetzt zu dieser Verordnung eine ergänzende juristische Stellungnahme gibt, die sich bezieht auf ein jüngst ergangenes Urteil des Obersten Gerichtshofes, wo, auch wenn es sich um eine Kann-Bestimmung handelt, trotzdem ein Rechtsanspruch besteht, wenn gleich gelagerte Fälle einmal schon eine Zuerkennung auf einen Kostenzuschuss gewährt erhalten haben. Das ist natürlich in

der Psychotherapie und in der psychologischen Behandlung der Fall, das hat uns veranlasst, schon vor einigen Tagen unsere Dienstanweisung zurückzunehmen, wir haben das auch dem Land bereits vorgestern mitgeteilt, wir sind gestern mit der Fachvertretung der Psychotherapeuten, Psychologinnen beisammen gesessen und haben es auch diesen mitgeteilt. Also die Psychotherapie und die psychologische Behandlung wird ab sofort und zum Teil auch rückwirkend wieder bezahlt werden müssen von uns, was natürlich Kostensteigerungen bedeutet, was natürlich auch bedeutet einen Nachtragskredit und was vor allem bedeutet, dass wir erhöhte Ansätze für das Jugendwohlfahrtsbudget für 2006 vorsehen werden. Jedenfalls, die neue Rechtssituation macht jetzt ganz klar und ganz deutlich, dass jene nicht Recht haben, die da hin und wieder einmal sagen, es gäbe auch im Pflichtbereich und im Rahmen der Gesetze so etwas wie einen Ermessensspielraum, den gibt es nicht. Pflichtbereich heißt, die Angebote, die vorgesehen sind, sind auch zu setzen und sind auch tatsächlich von den Gemeinden zu finanzieren und das noch einmal, das hat natürlich Auswirkungen auf kommende Budgets. Ich möchte nur noch in Erinnerung bringen, ist vielleicht ganz interessant die Zahlen, die Einzelfallzahlen, also die psychologische Behandlung und Psychotherapie von Einzelpersonen von Kindern und Jugendlichen, um die es hier geht, hat im Jahr 2004, ich rede von den Kosten und nicht von den Einzelpersonen, wir haben also im Jahr 2004 215.000,- Euro aufgebracht. Im Vergleich dazu im Jahr 2000 33.000,- Euro, also es ist eine unglaubliche Steigerung und wir können davon ausgehen, dass sich die Ausgaben eher auch noch weiter steigern werden, das hat aber mit anderen Rahmenbedingungen zu tun, die jetzt zur Dringlichen etwas zu weit führen würden, sie zu erläutern (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Felbinger**: Meine Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Wir wünschen uns aber eine intensive Behandlung dieser Thematik im Familien- und Jugendausschuss, da wir in der Diskussion in unserem Klub auch draufgekommen sind, dass das Thema sehr komplex ist und deshalb möchte ich einen Zusatzantrag stellen, der da wie folgt lautet: Der Ausschuss für Kinder, Jugend, Familie und Frauen soll gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Stadt, Vertreterinnen und Vertretern der Therapeutenschaft sowie Vertreterinnen und

Vertretern des Landes die Thematik sowohl von der inhaltlichen als auch von der juristischen Seite behandeln (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

GRin. **Jahn**: Gleich einmal vorweg, wir stimmen der Dringlichkeit, dem Inhalt und auch dem Zusatzantrag zu. Wir möchten nur noch betonen, dass es nicht nur um Einsparungen im Bereich Psychotherapie geht, sondern auch um die Bereiche volle Erziehung, Unterstützung der Erziehung, Mehrfachhilfen und die Kostenzuschüsse im Rahmen der sozialen Dienste und wir hoffen natürlich sehr stark, dass jetzt mit der Rücknahme dieser Dienstanweisung auch diese Bereiche wieder dementsprechend abgesichert und abgedeckt werden, damit im Sinne der Jugendwohlfahrt hier eine gute Versorgung für diejenigen, die sie tatsächlich brauchen, gewährleistet sein kann. Ich möchte nur sagen, wir haben auch in diesem Zusammenhang schon im zuständigen Ausschuss auf unsere Initiative hin eine gemeinsame Empfehlung von allen Fraktionen hier dazu ausgesprochen, dass es auch in dem Bereich eine Schwerpunktsetzung im Rahmen der Budgeterstellung für das nächstjährige Budget geben soll.

GRin. **Bauer**: Also ich freue mich sehr, das Frau Stadträtin wird es jetzt auch publik gemacht haben, dass hoffentlich der Inhalt, den ich als Nichtjuristin trotzdem in Frage gestellt habe und den einfach bestätigt haben wollte, jetzt und auch im Fachausschuss durch Juristen noch einmal verdeutlicht haben wollte, wie auch meine KollegInnen, die an der Sache arbeiten, für Kinder, die in Notlagen sind, die in unserer Gesellschaft sicher schon durch verschiedenste äußere Einflüsse und Umstände nicht in der gleichen Lage sind wie andere, und da ansetzen können und

wir ihnen einfach diese Therapie gewähren können, die sie wirklich brauchen, da bin ich überglücklich darüber (Applaus ÖVP).

***Die Dringlichkeit ist mit Mehrheit angenommen worden.***

StR. Mag. Dr. **Riedler** zum Antrag: Also es ist in der Sache ohnehin glaube ich, eine sehr einhellige Meinung da. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es sicher nicht geht, dass wir ständig vom Land oder auch vom Bund Kosten zugeschoben bekommen, die wir zu tragen haben widerspruchslos über Gesetze, über Verordnungen. Ich glaube auch, dass man sich diese Gerichtserkenntnisse genau anschauen muss, natürlich, wie die Frau Stadträtin gesagt hat, handelt es sich hier offensichtlich um eine Weisung der vorgeordneten Instanz. Aber dann müssen die, die diese zugegebenermaßen wichtigen Einrichtungen haben wollen, auch gesetzlich normieren, auch dafür sorgen, dass wir die Finanzen dafür haben, um solche Dinge zu erledigen und wenn man sich die Kostensteigerungsraten anschaut, dann muss man sagen, das sprengt unsere Möglichkeiten schlicht und einfach, daher ersuche ich dich, Herr Bürgermeister, erstens um eine Sekunde Aufmerksamkeit und zweitens darum, dass wir prüfen, inwieweit wir seitens der Magistratsdirektion auch Kontakt mit dem Land aufnehmen können, was die Kostenübernahme beziehungsweise zusätzliche Finanzierung solcher Maßnahmen angeht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jawohl, das werden wir tun.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ich habe vorhin gesprochen von den Kostensteigerungen, die wir da zur Kenntnis nehmen müssen und natürlich auch finanzieren müssen. Ich möchte bei der Gelegenheit aber schon auf eines aufmerksam machen: Mir ist schon klar, dass Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zunehmend

leben. Da spielt natürlich eine große Rolle die schwierige Situation am Arbeitsmarkt, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, viele andere Rahmenbedingungen für Kinder haben sich verschlechtert und es gibt natürlich auch eine höhere Sensibilität, was die Befindlichkeit von Kindern anbelangt, und zum Glück auch eine höhere Bereitschaft von Eltern, Kindern rechtzeitig Hilfe angedeihen zu lassen. Das ist durchaus etwas Positives, aber auf der anderen Seite gibt es natürlich eine Reihe von Systemen, und ich meine hier jetzt vor allem die Schulen im Rahmen der Bildungssysteme, die ja eigentlich in dem Zusammenhang auch einen Auftrag zu erfüllen hätten. Und das Problem ist, das gerade im Bildungsbereich in den letzten Jahren eklatant eingespart wurde. Ich erinnere, eklatante Einsparungen bei den Beratungslehrern und Beratungslehrerinnen, das waren genau jene Fachkräfte, deren Aufgabe es war, mit Kindern, denen es nicht so gut ging, die sich krisenhaft gezeigt haben, die Probleme gehabt haben, die viele Konflikte gehabt haben, diesen Kindern besonders zur Seite zu stehen. Das ist eigentlich ein Angebot schon als Vorstufe zur Psychotherapie und zur psychologischen Behandlung, relativ kostengünstig für das Gesamtsystem schon viel aufgefangen hat und durchaus auch erfolgreich war. Ich erinnere an das Zurückschrauben der Anzahl der interkulturellen Lehrer und Lehrerinnen. Ich erinnere an die Sparmaßnahmen bei den Schulpsychologen und Schulpsychologinnen, es ist unglaublich drastisch da die Zahl zurückgegangen ist und ich erinnere daran, dass trotz steigender Bildungsanforderungen an unsere Kinder und Jugendlichen, trotz steigender Anforderungen an die Lehrer und Lehrerinnen, die Schülerzahl ständig steigt in den Schulen, statt dass endlich jetzt, wo wir genügend Lehrer und Lehrerinnen hätten, die Schülerklassenzahlen gesenkt werden. Das ist der eigentliche Skandal und jetzt haben wir die Situation, dort wo das Bildungssystem versagt, weil es versagen muss, weil die notwendigen Ressourcen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, trifft sozusagen als Letzten in dieser Reihe der Angebote die Jugendwohlfahrt und damit erhöhen sich sukzessive die Kosten in der Jugendwohlfahrt eklatant. Ich darf bei dieser Gelegenheit erinnern, dass im Jahr 2000 ich beglückt wurde mit einem Untersuchungsausschuss, damals beglückt durch die ÖVP und die FPÖ, weil ich einen Nachtragskredit in der Höhe von 50 Millionen Schilling gebraucht habe, weil ich sichergestellt haben wollte und auch sichergestellt wurde, dass die zunehmende Inanspruchnahme von Hilfeleistungen auch tatsächlich finanziert wird im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Wir haben jetzt eine Situation, die ich Ihnen ganz gerne bisschen sprunghaft, was die Jahre anbelangt,

deutlich machen möchte. Ich gehe zurück zum Jahr 1999, da hatten wir im Voranschlag in Euro jetzt umgerechnet, in der Jugendwohlfahrt ein Budget von 3.802.000,- Euro. Im Jahr 1994 waren es 7.587.000,- Euro, im Jahr 1997 waren es bereit 9.192.000,- Euro, dann gab es diesen Nachtragskredit 2000 mit 13.741.000,- Euro und mittlerweile sind wir bei 14.580.000,- Euro und im nächsten Jahr werden wir durch Gesetzesänderungen und jetzt auch im Zusammenhang dieser neuen Gesetzesauslegung und Verordnungsauslegung einen Budgetansatz von über 15 Millionen in der Jugendwohlfahrt haben. Das belastet natürlich das Gesamtbudget auch in meinem Bereich sehr und es darf natürlich auch nicht dazu führen, dass der Ermessensspielraum in dessen Rahmen ja auch sehr wichtige Angebote für die Jugend im Rahmen der Jugendförderung gesetzt werden, dann eingeschränkt werden. Aber ich denke, wir müssen intensive Verhandlungen mit einer neuen Landesregierung führen über eine neue Kostenteilung, was die 50 : 50-Sätze angeht. 80 : 20 oder was auch immer. Es gab ja auch schon Überlegungen vom zuständigen Sozialreferenten dazu, der Herr Stadtrat Riedler hat Recht, es ist natürlich wirklich schon problematisch, wenn wir schon natürlich gute neue Gesetze erfüllen müssen, wir haben ja auch eklatante Kostensteigerungen durch das neue Kinderbetreuungsgesetz, natürlich ist die Qualität damit auch gestiegen, aber gleichzeitig ist die Situation der Städte eben so, dass sie immer mehr ausgehungert werden und sich diese gute Qualität bei gleich bleibender Kostenaufteilung mit anderen Körperschaften einfach nicht mehr leisten werden können. Also da werden wir einfach intensive Gespräche führen müssen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Du hast mir jetzt das Stichwort mit den Körperschaften geliefert und deswegen will ich jetzt gleich den neben dir sitzenden Wolfgang Riedler, der ja auch im Team Voves sozusagen genannt wurde, darüber befragen, wie das einzuschätzen ist, werden sich durch die Konstellationen auf Landesebene hier wirklich Optionen ergeben und was habt ihr in diese Richtung vor?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Liebe Lisa, wenn an einem fernen Tag du Mitglied des Landtages bist und ich Mitglied der Landesregierung und das wird wahrscheinlich nicht bald der Fall sein, dann werde ich diese Frage beantworten können.

GR. **Rajakovics**: Ich möchte dir, Frau Stadträtin, natürlich Recht geben. In der Beurteilung wie die Kosten sich in dem Bereich entwickelt haben und es stimmt auch, das ist eindeutig, dass die Städte und gerade die zentrale Stadt in der Steiermark besonders viel abbekommt, weil es nachvollziehbar ist, dass aus Umlandgemeinden, aber durchaus aus allen Teilen der Steiermark immer jene, die es schwieriger haben, sei es jetzt, weil jemand einmal straffällig geworden ist, weil er Probleme in der Familie hat, weil solche Leute eher in einen Großraum gehen, wo sie selbst anonym bleiben. Wo aber natürlich die Kosten für den entstehen, wo die Leute gemeldet sind und ich möchte schon darauf hinweisen, die Verhandlungen 70 : 30, sogar 80 : 20 ist, wäre erfreulich, aber 70 : 30 war ein groß plakatiertes Versprechen des Herrn Voves, an das wir schon glauben dürfen, oder?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Weil der Herr Bürgermeister in der letzten Budgetverhandlung das Gleiche gesagt hat wie du, habe ich gerade zu ihm gesagt, jetzt weiß ich woher du das hast, diese Geschichte mit dem Zuzug von außen, der uns so teuer kommt und die Sorge, wir werden mit Sozialfällen von außen überschwemmt. Wir produzieren mit dem System, das wir haben, auch in Graz sehr viele und jedenfalls die Mehrheit davon. Aber was die Kostenteilung anbelangt, ich darf in Erinnerung bringen, dass Landesrat Flecker, ich glaube im vorigen Jahr einen Vorstoß gemacht hat zu einer neuen Kostenaufteilung 70 : 30 und dieser von der ÖVP abgelehnt wurde, nur zur Erinnerung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben es ja nicht versprochen.



GRin. **Bauer:** Das Einzige, wo ich doch noch skeptisch sein möchte, ist, dass man alles auf die Schule jetzt abtut, weil es gibt auch kleinere Kinder, die diese Probleme haben und therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Kindergartenkinder, die dann auch schon mit ihren Problemen in die Schule kommen, also insofern würde ich das Ganze ausweiten. Ich bin aber sehr dankbar dafür, dass wir uns da im Ausschuss intensiver befassen können, wir sind alle bemüht und versuchen auch, da uns fachlich so gut wie möglich einzubringen und auch Einbindung dieser Fachkräfte, uns auf Kostenminimierung oder andere Möglichkeiten, neue Vorschläge auch einzulassen. Es ist vielleicht da auch ein Ansatz da, wo wir gemeinsam Verbesserungen finden können und nicht nur sagen, die Kosten explodieren, sondern gibt es vielleicht Möglichkeiten, wo man vielleicht auch reduzieren kann und es ist natürlich absolut wichtig zu sagen, dass Prävention in Wirklichkeit weit kostengünstiger ist, das wissen Sie ja und deswegen bin ich ja auch sehr dankbar, dass diese Präventivmaßnahme doch möglich ist, weil ich denke mir dann, die anderen Kosten in einer stationäre Aufnahme schauen ganz anders aus. Danke (*Applaus ÖVP*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.*

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.25 Uhr den Vorsitz.*

## 2) Gewalt an Schulen - Präventionspaket

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grüne folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Jener schreckliche Vorfall an einer Wiener Schule, bei dem ein Jugendlicher getötet wurde, hat einmal mehr das Thema Gewalt an der Schule in den Vordergrund gerückt. Mittlerweile werden bereits Szenarien prognostiziert, die an US-amerikanische Gegebenheiten erinnern. Es gibt ja bereits erste Forderungen, die bis hin zur Installierung von Metalldetektoren bei Schuleingängen reichen. Denn Tatsache ist: Das Mitnehmen eines Messers, wie dies in Wien erfolgt ist, das ist sicher kein Einzelfall – vor einigen Tagen haben in Hall in Tirol und in Trofaiach bewaffnete Schüler für Aufsehen gesorgt. Erst vor wenigen Tagen wurde an einer Grazer Volksschule einem Kind ein Taschenmesser abgenommen und der Direktor einer Grazer Hauptschule meldete bei der Polizei einen Messerhandel; weiters sei eine Schülerin, die den Handel beobachtet hatte, bedroht worden, nichts zu sagen, andernfalls würde sie krankenhaushausreif geschlagen.

Wobei vor einer Dramatisierung, sage ich ganz offen, dennoch gewarnt werden muss: Ich erinnere mich an meine eigene Schulzeit, wo es ja auch keine Frage war, dass einmal ein Feitel mitgenommen wurde, einfach nur, um ihn stolz herzeigen. Auch ist – statistisch gesehen, wie dies alle ExpertInnen bestätigen – die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen nicht gestiegen. Allerdings hat sich die Art und Weise der Konfliktaustragung verschärft, was jedoch nicht nur junge Menschen betrifft, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen anzusehen ist. Ich erinnere nur daran, dass wir mittlerweile bereits so weit sind, dass sich der Kampf um den einen freien Parkplatz nicht mehr auf Gesten oder verbale Auseinandersetzungen beschränkt, sondern manchmal schon mit Fäusten und Fußtritten ausgetragen wird. In diesem gesellschaftlichen Kontext kann daher der Kampf gegen die steigende Gewaltbereitschaft auch nicht nur als eine schulische Aufgabe angesehen werden.

Dies bedeutet jedoch nicht, diesen Themenkomplex in der Schule auszusparen – zwar ist die Schule nicht der Ort, in dem Gewalt entsteht, doch ist die Schule

gefordert, mit jungen und jüngeren Menschen umzugehen, die durch eine steigende Gewaltbereitschaft in ihrem Umfeld geprägt sind. In diesem Sinne ist Gewaltprävention gerade in der Schule immens wichtig.

In Wien hat man jedenfalls bereits reagiert und – unter Einbindung von LehrerInnen, Eltern und Behörden und ein umfassendes Präventionspaket mit sieben Maßnahmen entwickelt, das die Zustimmung aller fünf im Wiener Gemeinderat vertretenen Fraktionen gefunden hat. Das reicht von einer Schul-Charta gegen Gewalt über Beratungen und Informationen für LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, die Intensivierung der Einsätze von SchulpsychologInnen bis hin zu einem Aktionspaket „Sag nein zur Gewalt“ und einer speziellen Stärkung für Mädchen für den Umgang mit gewaltbereiten Burschen.

Ein solches Präventionspaket wäre auch für Graz wünschenswert, geht es doch darum, die Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie die Eltern bestmöglich zu unterstützen. Schließlich kann die steirische Landeshauptstadt, die als überwiegend sichere Stadt gilt, im letzten Jahrzehnt auf zahlreiche Initiativen und Aktivitäten des Magistrats, der Schulbehörden, der Exekutive, von verschiedensten Vereinen, Organisationen und NGOs zur Verringerung, Vermeidung und Vorbeugung von Gewalt zurückblicken. Ich sage nur, eine wichtige Grundlage unter anderem bietet das vom „Grazer Büro für Frieden und Entwicklung“ Mitte der 90iger Jahre initiierte Forschungsprojekt „Gewalt in der Stadt“ und „Stadt ohne Gewalt“, an dem mehrere Jahre gearbeitet worden ist.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-, KPÖ-, FPÖ-, und Grünen-Fraktionen den gemeinsamen

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

der Bürgermeister der Stadt Graz möge

1. in seiner Funktion als Vorsitzender des Bezirksschulrates Graz nach Wiener Vorbild einen „runden Tisch“ mit LehrerInnen- und ElternvertreterInnen, VertreterInnen der Schulbehörden, der Gemeinderatsfraktionen und der Exekutive sowie ExpertInnen des Jugendamtes einrichten, um für die Grazer

Pflichtschulen ein ähnliches Präventionsprogramm auszuarbeiten und dies dem Gemeinderat vorzulegen.

Das Land Steiermark wird aufgefordert, für die weiterführenden beziehungsweise höheren Schulen ein analoges Modell zu starten.

Wobei ich in diesem Zusammenhang gerne auch Vorschläge der ÖVP-Fraktion, die sich bisher diesem Antrag wohl inhaltlich, aber formal nicht angeschlossen hat, gerne aufgreifen möchte, die das auf die steirische Ebene heben möchten, so wie ich das von Stadtrat Eisel-Eiselsberg verstanden habe und ich würde auch gerne den geplanten oder in Aussicht genommenen Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion gern als Punkt 2) aufnehmen. Ich greife damit auch Anregungen der Klubobfrauen Sigi Binder und Elke Kahr auf, die eine ebenfalls solche Vorgehensweise forcieren würden, denn es gibt eben spezifische Grazer schulische und Grazer Schulstandortprobleme und spezifische Grazer Situationen, die sich nicht mit allen steirischen Bezirken in einen Topf werfen lassen und die man auch nicht in einer supergroßen Runde abhandeln kann. Erst muss Graz klar wissen, wo es lang geht, um sich dann einzubringen in die steirische Ebene. Ich würde also die ÖVP gerne mitnehmen wollen, wenn es gelänge, dann würde ich das als Punkt 2) gerne mitnehmen. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu diesem dringlichen Antrag (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bauer:** Meine Fraktion stimmt der Dringlichkeit natürlich zu, keine Frage, vor allem ist ganz klar unser Statement, dass, wenn es einen Wasserrohrbruch gibt, man auch sofort ansetzen muss und daher gibt es da überhaupt keine Diskussion. Zum Inhalt, zum Abänderungsantrag, den würde ich, wenn es ok ist, gleich vortragen.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Gibt es einen Einwand, nein, machen wir es gleich mit.

GRin. **Bauer**: Der Bürgermeister der Stadt Graz möge an das Land Steiermark mit einem dringlichen Ersuchen herantreten, raschestmöglich einen „runden Tisch“ mit PädagogInnen und ElternvertreterInnen, VertreterInnen der Schulbehörde, der Exekutive, entsprechenden ExpertInnen sowie in diesem Themenbereich bereits erfahrener Organisationen und Einrichtungen einzurichten, um für die steirischen Schulen ein geeignetes Präventionsprogramm auszuarbeiten. Damit allenfalls bestehende Graz-spezifische besondere Herausforderungen in diesem Rahmen ausdrücklich diskutiert und gegebenenfalls im Programm berücksichtigt werden können, ist die Stadt Graz in geeigneter Form einzubinden.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Seitens des Schulressorts wurde auf Grund dieses Vorfalls an einer Grazer Hauptschule natürlich auch umgehend reagiert. Von einer Volksschule ist unseren Bezirksschulinspektoren nichts bekannt. Im Aufsichtsbereich Graz sei nichts vorgekommen, aber das ist, glaube ich, auch nicht wirklich wesentlich, ob auch in einer Volksschule was passiert ist. Bereits am Montag habe ich mir erlaubt, die beiden Bezirksschulinspektoren und auch den Leiter des Stadtschulamtes, Herrn Dr. Just, der zugleich auch Amtsdirektor des Bezirksschulrates ist und Herrn Dr. Josef Zollneritsch vom Landesschulrat, Schulpsychologie, einzuladen und einmal erste Gespräche zu führen, ob dieses Vorkommnis jetzt mehr ist als ein Einzelereignis und dergleichen mehr. Also es hat da schon die ersten Kontakte gegeben und auch durchaus brauchbare Informationen. Auch wenn es also nicht unmittelbar dieses Antrages bedurft hätte, danke ich trotzdem sehr herzlich dafür, weil ich darin doch eine große Chance sehe, das Thema Schule, und vor allem, was Schule heute bedeutet, welche vielfältigen Herausforderungen und Anforderungen auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen und auch auf alle betroffenen Schulpartner zukommen, einmal wieder näher zu beleuchten und zu diskutieren. Aber ich möchte doch eines schon heute aus meiner Sicht klarmachen, es wird nicht reichen, auf welcher Ebene auch immer und in welchem Kreis auch immer, ein Präventionspaket Maßnahmen auszuarbeiten,

vorzuschlagen, dann dieses Paket zu nehmen, den Schulen in die Hand zu drücken und sagen, so jetzt macht es, setzt es um, das wird nicht funktionieren. Ich glaube und ich bin sicher, dass auch die Stadt Graz, in welcher Form auch immer bereits vorhandene Ressourcen oder vielleicht auch erst zu schaffende Ressourcen auch in finanzieller Hinsicht einbringen wird müssen, sonst funktioniert gar kein Paket. Weil es stimmt, dass da eben nicht nur das Schulressort gefordert ist bei der Umsetzung eines derartigen Paketes, und in der Wiener Rathauskorrespondenz hat es im Zusammenhang mit diesem Wiener Paket richtigerweise auch gelautet: Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft und Gewalt ist für manche Jugendliche eine Form der Konfliktaustragung. Das ist zwar nicht ein Problem der Schule, jedoch in jedem Fall ein Problem für die Schule und bei der Lösung dieser riesigen Herausforderung kann man die Schule nicht allein lassen. Es passiert in den Grazer Schulen schon einiges in diesem Bereich, Gott sei Dank, ich darf einige Projekte kurz erwähnen, es gibt Gruppenmediation, vor allem in der polytechnischen Schule haben wir das gemacht, hier werden Schülerinnen und Schüler zu Streithelferinnen, wie sie dort bezeichnet werden, ausgebildet. Sie erkennen, wo es möglicherweise Probleme gibt in der Schule, sie sind die Ersten, die auch entsprechende Maßnahmen irgendwie ergreifen können. Wir haben an fünf Grazer Hauptschulen bereits das Projekt mit der AG Jugend gegen Gewalt und Rassismus durchgeführt, Schule ohne Gewalt und Rassismus. Hier geht es um die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung von SchülerInnen hinsichtlich der Themen Gewalt, Rassismus und damit verwandten Formen sozialer Ausgrenzung, in der Volksschule St. Johann Ermutigungstraining für Schulklassen und wir haben im Vorjahr um die Jahreswende auch alle Grazer Pflichtschulen mit einem Ermutigungsspiel ausgestattet, einschließlich Einschulung durch das pädagogische Zentrum Weiz, das war ein Spiel, das prämiert wurde und das besonders wertvoll ausgezeichnet wurde und das war auch ein Versuch, seitens des Schulressorts hier Unterstützung zu geben. Es gibt aber auch Projekte, die bereits laufen seit Jahren, die sich durchaus bewährt haben und die aber trotzdem immer wieder in Diskussion kommen, das ist zum Beispiel eben das Projekt Schulsozialarbeit, wo mir die Betroffenen vor Ort, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen, die die Inhalte kennen, sagen, dass das genau ein Projekt ist, das in diese Richtung geht. Also es ist schon ein bisschen schwierig auch, auf der einen Seite Bewährtes einzustellen, aus welchen Gründen und Motiven auch immer, auf der anderen Seite wieder neue Pakete einzufordern. Ich glaube, so ein neues Paket

sollte diese vorhandenen Dinge, die bereits erprobt und bewährt im Einsatz sind, auch berücksichtigen. Die Schulen und die PädagogInnen brauchen unsere Unterstützung sicher noch mehr als bisher, ich denke da ganz sicher an entsprechende Fortbildungsangebote, darüber hinaus muss es mittelfristig einfach gelingen, dass eine derartige Ausbildung mit derartigen Problembereichen umzugehen, auch standardmäßig in die Ausbildung, hineingehört. Die Schulen brauchen die Unterstützung durch vorhandene mobile Ressourcen im System Schule, aber wie erwähnt, nicht nur im System Schule, da gibt es darüber hinaus noch einiges, aber die Schulen brauchen auch Unterstützung durch Externisten, vor allem hinsichtlich dieser präventiven Maßnahmen und Projekte. Aber nun zum Antrag selbst einige Anmerkungen, vielleicht auch Fragen, und letztlich aus meiner Sicht auch die Erklärung, warum wir dem ursprünglichen Wortlaut nicht beitreten möchten und einen Abänderungsantrag eingebracht haben. Warum, meine Damen und Herren, sollte die Stadt Graz ein eigenes Präventionsprogramm ausarbeiten? Mir ist schon klar, dass gewisse Herausforderungen in Ballungszentren andere sind und aus verschiedenen Gründen und Umständen die Ausformungen der Probleme, die da oder dort auftreten, auch unterschiedlich sind. In der Kernproblematik ist es aber aus meiner Sicht da wie dort gleich und wenn man mir da nicht zustimmt, würde ich gerne vom Antragsteller oder den Antragstellerinnen wissen, müsste man, wenn man glaubt Graz ist ein ganz ein besonderer Fall, nicht konsequenterweise dann auch sagen, Graz ist auch sehr inhomogen. Müssten wir für 17 Bezirke ein Programm ausarbeiten, müssten wir möglicherweise für einzelne Schulstandorte ein Programm ausarbeiten, weil sie werden mir Recht geben, es ist ein großer Unterschied, ob ich eine Schule, ich sage jetzt einmal in Lend, in Gries beleuchte oder eine, die schon in der Peripherie in St. Veit, in Mariatrost ist, die Herausforderungen werden da und dort völlig andere sein. Auf Grund der Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler und aus vielen anderen Gründen mehr. Richtigerweise wird es im Schulalltag wohl so sein, dass ein von Expertinnen und Experten ausgearbeitetes Programm zur Verfügung gestellt wird, und die jeweilige Schule wird für ihren Schulstandort spezifisch das herausgreifen und umsetzen, was für ihren Schulstandort notwendig und wichtig ist. Und noch etwas fällt ja dann doch auf, wenn wir ein eigenes Programm für unsere Pflichtschulen machen, wir haben natürlich auch im gleichen Alter und in höheren Schulen Grazer Kinder, sollen die ein eigenes Programm haben, brauchen die ein eigenes Programm? Ich glaube, dass wir durchaus davon

ausgehen können, dass wir ein gemeinsames Programm für alle steirischen Schulen, das die verschiedensten Problembereiche beleuchtet und bearbeitet und letztlich auch Maßnahmen und Projekte vorschlägt, durchaus mit dem Land Steiermark gemeinsam ausarbeiten sollten und damit sichergestellt ist, dass möglicherweise bestehende Graz spezifische Probleme auch Einfluss finden können, sollte sich die Stadt Graz hier bestmöglich einbringen. Ich halte nichts davon und ich glaube, es macht wenig Sinn, zwei runde Tische einzurichten, zwei Programme auszuarbeiten und ich gehe davon aus, sehr, sehr ähnlichen Inhalts und mit zum Teil denselben Persönlichkeiten, die am Tisch sitzen. Wenn ich zum Beispiel an den Landesschulrat denke und die Landeschulpsychologie, das sind dieselben Leute, die wir einladen dürfen zu einer Aussprache ebenso wie es das Land dann beiziehen wird. Ich denke, das ist aus meiner Sicht eine Vergeudung von Ressourcen, die wir uns alle miteinander sparen können und auch die Expertinnen und Experten haben wahrlich besseres zu tun aus meiner Sicht, als bei verschiedenen runden Tischen teilzunehmen, wo aus meiner Sicht, das ganz Gleiche herauskommen wird, weil alles andere wäre ja wirklich Besorgnis erregend, dass ein runder Tisch beim Land andere Ergebnisse erbringt als ein runder Tisch in der Stadt Graz. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie auch unserem Abänderungsantrag folgen können (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Danke, Herr Stadtrat, für Ihre Ausführungen. Ich habe mich natürlich auch damit beschäftigt und genau diese Initiativen, diese Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben, auch einmal hergenommen und finde sie alle wunderbar und auch sehr notwendig. Aber jeder, der in der tagtäglichen Arbeit mit Schulkindern zu tun hat, weiß, dass Aggressionen schon in die Schulen mitgebracht werden und nicht erst dort erzeugt werden. Lehrerinnen und Lehrer sind hier immer wieder vorbildlich im Einsatz, um dieses Gewaltpotential an Schulen unter Kontrolle zu bringen. Es gelingt auch sehr oft hervorragend und dafür möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern auch von dieser Stelle einmal danke sagen (*Applaus SPÖ*). Ich glaube, der dringliche Antrag zur Einrichtung eines runden Tisches muss auch als solcher als dringlich anerkannt werden. Es kann dies jedoch nur ein erster kleiner Schritt sein, denn es ist nicht nur die Schule für Gewaltprävention verantwortlich. Hier sind wir alle gefordert, unsere Möglichkeiten wahrzunehmen, um Aggressionen und Gewalt



abzubauen. Ich würde mir natürlich auch wünschen, dass die Medien vor allem, und da sehe ich auch Möglichkeiten, die in deren Einflussbereich stehen, ihre Sprache und ihre Bilder, die sie uns tagtäglich vermitteln, einmal überprüfen würden und auch verändern, denn wir glauben es manchmal nicht, aber auch Schulkinder lesen Zeitungen, hören Rundfunksendungen und wie wir alle wissen, verbringen viele Stunden ihrer Freizeit vor dem Fernsehapparat. Viele von Ihnen werden jetzt natürlich sagen, ich bin sehr optimistisch unterwegs oder auch realitätsfremd. Aber glauben Sie mir, wir können die Kinder in alle Richtungen lenken oder auch begleiten. Und ich glaube, wir müssen dazu übergehen, unsere Kinder in eine Zukunft zu führen, in der Gewalt einfach keinen Platz mehr finden kann und wenn, dann fangen wir einfach heute damit an. Die Schule kann die erste Anlaufstelle für Initiativen und gewaltfreie Projekte sein, wir müssen nur die Möglichkeiten dazu bieten. Und warum sollte die Stadt Graz nicht rasch reagieren und ohne Hürden kurzfristig diesen runden Tisch initiieren? Es müssen jedenfalls Sofortmaßnahmen gesetzt werden und diese dann einfach fortgeführt werden und Graz kann hier, so glaube ich, diesen ersten Schritt ohne Weiteres setzen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger:** Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich stimme ich Kollegin Meißlitzer zu, wenn sie sagt, wir können das Problem nicht nur auf den Lehrern und bei der Schule abladen. Sie hat gemeint, wir alle sind gefragt. In erster Linie ist aber die Primärinstanz gefragt, die sich um das Wohlergehen der Kinder kümmert und das ist die Familie. Das sind die Eltern, es gilt daher anzusetzen, die Elternkompetenz zu unterstützen, die Elternbildung zu unterstützen, daher mein Appell, bei dem runden Tisch selbstverständlich auch den familienpolitischen Beirat des Landes einzubinden und gleich auf Landesebene alle hellen Köpfe, die zu diesem Thema was zu sagen haben, zusammenzuführen und nicht doppelgleisig zu agieren. In erster Stelle ist aber nie aus den Augen zu verlieren, Gewalt passiert oft in Familien und zwar deshalb, weil Familien überfordert sind, oft auch nicht die entsprechenden Konfliktlösungsstrategien erlernt haben. Hier muss man unterstützen, muss man helfen, aber niemals die Familie aus der Verantwortung entlassen. Das beste Mittel gegen Gewalt kennen wir, das heißt Liebe, Zeit und Liebe, ich kann meinem Kind aber nur Zeit und Liebe schenken,

wenn ich dazu die Möglichkeit habe, die Energie habe, das heißt, insgesamt Kinder, Familien, elternfreundliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu unterstützen, das ist wohl unsere gemeinsame Intention, wir müssen aber darauf Wert legen, dass das die Basis ist für eine gewaltfreie Erziehung und Entwicklung unserer Kinder, dass sie in ihrem engsten Umfeld in erster Linie Liebe, Zeit, Geborgenheit vorfinden und nicht die Familie in Misskredit gerät als Ort der Gewalt, die Familie ist in erster Linie ein Ort der Geborgenheit, der Liebe für die Kinder und hier vor allem mit Unterstützung von Eltern, Bildungsinitiativen zu helfen, ist auch vorrangige Aufgabe der Stadt. Es passiert hier schon viel seitens des Jugendamtes, auch seitens des Familienreferates der Diözese, aber wir müssen diese Angebot intensivieren und vor allem entsprechend bewerben und auch auf eine gute Kooperation mit den Medien setzen. Ich fordere seit Jahren auch Elternbildungsinitiativen über das Fernsehen, das so etwas wieder eingeführt wird. Ich glaube, diesen Themenbereich sollten wir da gleich mit hereinnehmen, Elternbildung und Stärkung der Familien. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz verstehe ich das nicht, was da jetzt gespielt wird. Es ist ja unzweifelhaft so, dass in einer Stadt Kinder anderen Einflüssen ausgesetzt sind als zum Beispiel, ich sage jetzt einmal ein Dorf, in dem ich auch tätig war, Dittersdorf am Gnasbach, also das ist ja nicht zu vergleichen. Das eine kann mit dem anderen nicht ausgespielt werden. Jetzt weiß ich nicht, kommt die ÖVP daher mit einer Abänderung, will irgend etwas aushebeln, von dem ich an sich überzeugt bin, dass es sinnvoll ist. Das ist das Erste, das Zweite, was ich sagen möchte...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.***

GRin. **Binder**: Ich liebe Dittersdorf am Gnasbach noch mehr ein bisschen als Graz. Ist schon recht, Herr Klubobmann. Das andere ist, ich bin nicht ganz einer Meinung, wenn die Frau Kollegin Potzinger meint, und die Familie und Ort der Liebe und was weiß ich und die Kinder bringen ja alles nur von der Familie mit, ich bin selber Lehrerin und ich weiß, wie viel Aggression auch entsteht in einer Schule, in einem Klassenraum, wie die Kinder abgehänselt werden, auch von Kolleginnen und Kollegen, wie sie sich untereinander oft hänseln und abkanzeln usw. Ich weiß, wie viel auch abhängt davon, wie man Kinder unterrichtet, welchen Stil man hat, wie man ihnen begegnet etc. Das kann man nicht einfach wegwischen und sagen, na eigentlich ist es die Familie und die Familie kann man aus ihrer Verantwortung nicht entlassen, ja natürlich nicht, aber es ist nicht nur die Familie. Ich möchte das Spiel irgendwie durchschauen, ich finde den Antrag richtig und wichtig, den der Karl-Heinz eingebracht hat, ich darf ja gar nicht sagen, wir haben ja einen liebevollen Namen für diesen Antrag gefunden, aber den wage ich jetzt nicht zu sagen. Ich bitte einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat, den Antrag so inhaltlich, wie er vorgelegt wurde, zu unterstützen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich muss nur noch einmal betonen, es wird hier überhaupt kein Spiel betrieben, dazu ist dieses Thema viel zu ernst und wir nehmen es sehr ernst (*Applaus ÖVP*). Ich möchte noch einmal wiederholen, was ich gesagt habe, ich glaube nicht, dass es Sinn macht, zwei runde Tische einzurichten mit den wahrscheinlich sehr ähnlich anwesenden Persönlichkeiten, oder zumindest bei den Experten werden vielfach die gleichen Damen und Herren sein. Wo wir heute wissen, dass die Ergebnisse die gleichen sein werden, weil alles andere wäre wirklich an den Haaren herbeigezogen, dass die steirischen Schulen andere Gewaltpräventionsprojekte haben als die Grazer Schulen. Weil wir beleuchten die Grazer Schulen ja mit und der Antrag im Punkt 1 lautet, alle Grazer Pflichtschulen, was ist mit den Grazer Gymnasien, sind das andere Kinder? Haben die andere Umfelder, als unsere Hauptschüler?

***Zwischenruf: Haben anderen Wirkungsbereich.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja, aber darum gehen wir gleich alle Schulen an, wir sind ein Vorreiter steiermarkweit, fordern das Land auf und sollte es grazspezifische Anliegen geben und Anforderungen, die wird es geben in einem oder anderem Fall, dann arbeiten wir die besonders heraus und bringen uns bei diesem Arbeitskreis des Landes mit ein, weil ich wiederhole, wir können nicht für 17 Grazer Bezirke Programme machen, es sind die Anforderungen auch jedes Mal unterschiedlich. Ich kann nicht für jeden Schulstandort ein eigenes Programm machen, nirgends ist das Anforderungsprofil das gleiche wie in der nächsten Schule. Ein gutes ausgewogenes Programm und jede Schule nimmt sich das raus, was sie an ihrem Standort notwendig braucht und dafür brauchen wir nicht zwei Kreise (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer:** Um die Punkte zu verdeutlichen, um die es eigentlich dort in dieser Sache geht, wird so sein, dass am Land, egal jetzt, welches Dorf oder welche Gemeinde man hernimmt, die Stadt Graz ja gewisse Definitionen gefunden werden. Zum Beispiel Konfliktbewältigung in der Klasse, Persönlichkeitsbildung, Grenzsetzung, etwaige Sanktionen, die man ja normalerweise fast nicht mehr aussprechen darf, weil das heißt sofort, man geht nur mit Strafe um. Primär soll es positiv besetzt sein, wenn man arbeitet mit dem Kind und diese Punkte werden im Dorf XY genau so wichtig sein wie in der Stadt Graz und das ist, glaube ich, das, was der Herr Stadtrat auch eindeutig formuliert (*Applaus ÖVP*).

***Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 14.53 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Herper:** Also, lieber Detlev, ich stimme mit dir ja in vielen Fragen inhaltlich überein. Nur der Versuch, da wirklich einen Konflikt hineinzubringen, in dem du einfach sagst, ja ich kann da nicht unterscheiden zwischen Schulstandorten innerhalb von Graz und es sei doch möglich, alle Standorte in der Steiermark und Graz zusammenzulegen in einer Runde. Graz war immer eine Vorreiterrolle in vielen diesen Fragen, ob du ressortverantwortlich bist oder es andere waren, wir haben viele Aktivitäten gesetzt zum einen. Zum Zweiten gibt es wirklich spezifische Grazer Situationen und Bedingungen und Rahmenhandlungen für die Standorte. Die Fachfrau, da verlasse ich mich auf die Sigi Binder, auf die Meinungen anderer Pädagoginnen und Pädagogen, da ist Fachwissen vorhanden, da gibt es unterschiedliche..., das sind zwei verschiedene paar Schuhe. Ich meine, das muss man wirklich einmal unterscheiden und warum sollten wir jetzt zögerlich sein, wir haben eine Vakanz im Land, wir warten, wer die politische Verantwortlichkeit hat, bis die sich gesettelt haben im Land, da kann doch Graz nicht zuwarten jetzt wochenlang. Da muss Graz jetzt handeln, so wie es immer bisher gehandelt hat und warum ist was dabei, wenn der Vorsitzende des Bezirksschulrates, der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, die Runde zusammenruft, und einmal spezifische Anforderungen für Graz formuliert, die dann in einer größeren steirischen Runde eingebracht werden müssen und können? Es ist halt ein Unterschied zwischen Dittersdorf und Graz, Lend oder Graz Gries, das ist ja auch klar. Und es muss euch einmal bewusst sein, und tut jetzt nicht pitzelig sein und versuchen, mit einem Abänderungsantrag den ganzen Antrag zu kippen. Ich habe euch angeboten, liebe ÖVP-Fraktion, wir nehmen euren Antrag als Punkt 2 auf, nämlich die große steirische Runde unter Einbeziehung auch der dortigen neu gewählten Fraktionen im Landtag. Das wird doch bitte möglich sein, dass man soviel Vernunft walten lassen kann. Ich wiederhole noch einmal (*Applaus SPÖ*) den dringlichen Antrag, das ist, nach Wiener Vorbild unter Vorsitz des Bürgermeisters eine solche Runde in Graz für die spezifischen Grazer Probleme und Situationen und Standorte einzuberufen und den ÖVP-Vorschlag aufzunehmen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) unter Einbeziehung der im Landtag neu gewählten Fraktionen und deren VertreterInnen. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag (*Applaus SPÖ*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

*Der Punkt 2 des Hauptantrages wurde einstimmig angenommen.*

*Der Hauptantrag wurde einstimmig angenommen.*

### **3) Bebauungsplan Münzgrabengürtel - Moserhofschlössl**

GR. **Schmalhardt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Das Gebiet der Grazer Messe, der so genannte Messequadrant, stellt eines der größten städtebaulichen Vorhaben der Stadt Graz dar, trotzdem besteht für einen großen Teil dieses Bauvorhabens der Grazer Wechselseitige AG keine Bebauungsplanpflicht.

Die Stadt Graz hat mit dem letzten Flächenwidmungsplan jene Flächen bestimmt, für die eine Bebauungsplanpflicht besteht. Auf Grund der Kennzeichnung des Geländes um die Messe als Ausstellungsgelände war es von der Bebauungsplanpflicht berechtigt ausgenommen. Im Rahmen des Verkaufs an die Grazer Wechselseitige wurde aber im Vorfeld durch die zu erwartende anderweitige Nutzung dieses Areals auf eine Einbeziehung dieses Gebietes in die Bebauungsplanpflicht anscheinend vergessen.

Auch verkehrstechnische Auswirkungen auf die Conrad-von-Hötzendorf-Straße und die Münzgrabenstraße, die zwei Hauptausfallsstraßen nach Süden darstellen, sind durch die Verbauung besonders zu berücksichtigen. Da für den so genannten Messequadranten ein übergeordnetes Interesse besteht und zwar nicht nur im Bezirk, sondern durch die Stadthalle und das verbleibende Messeareal für die gesamte Stadtbevölkerung, ist ein Bebauungsplan, um eine demokratische und zukunftsorientierte Entwicklung gewährleisten zu können, unabdingbar.

Deshalb stelle ich im Namen unseres Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden damit beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, das gesamte Gelände Jakominigürtel – Münzgrabenstraße – Moserhofschlössl einem bebauungsplanpflichtigen Verfahren zuzuführen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch wir von der SPÖ machen uns Sorgen und wir nehmen auch die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung sehr, sehr ernst. Und wir verstehen auch, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner rund um dieses Messeareal berechnete Sorgen machen, wie geht es in Zukunft weiter mit einem Grünbestand in ihrer Wohngegend, wie schaut es möglicherweise aus mit achtstöckigen Wohnanlagen auf dem Messeareal, wie schaut es aus mit den zukünftigen Verkehrssituationen in der Münzgrabenstraße, am Jakominigürtel und dergleichen und vor allem machen sich auch die BewohnerInnen, ob das in der Münzgrabenstraße, in der Moserhofgasse oder in der Fröhlichgasse ist, auch Sorgen, wie wird sich in Zukunft dieses Juwel, dieses Moserhofschlössl präsentieren, hineingepfercht zwischen Schluchten und wie gesagt, wir bemängeln nicht nur, und ich als Mandatar auch aus Jakomini, hier und heute auch die Unbeweglichkeit dieses Bauträgers, das heißt, eine gewisse Starrheit, wenig Flexibilität im Umgang mit den berechtigten Anliegen der Bevölkerung in dieser Gegend, dafür haben wir alle miteinander sehr großes Verständnis und wie gesagt, wir teilen die Sorge und wir sind bei der Bevölkerung, weil wir ja auch Teil dieses Bezirkes sind. Aber wo wir ein Problem haben ist, leider mit dem Antrag des Kollegen Schmalhardt insofern, dass man jetzt während des Spiels, und man ist schon ziemlich weit in diesem Spiel, wenn ich das vergleichen darf mit einem Kartenspiel, was immer, wenn ich auf einmal am Ende dieses Spielvorganges hier in die Spielregeln eingreife und einfach nach zwei Dritteln oder vier Fünfteln dieses Vorganges einfach versuche, hier neue Regeln aufzustellen und wir alle sind zusammengesessen, ob jetzt in Bürgerbesprechungen, ob im Büro des Herrn

Stadtrates, wo wir diese Vorgangsweise besprochen haben und wo wir gesagt haben, es gehören hier Änderungen vorgenommen und dergleichen, aber was wir nicht zulassen können, ist einfach, dass der Bauwerber, der Bauträger, der Investor unter anderen Gesichtspunkten hier diese Kaufoptionen ausgesprochen hat, und jetzt in einem laufenden Verfahren und kurz vor Abschluss sagt man einfach, zurück an den Start und wir möchten einfach andere Bedingungen. Deshalb ein sehr klares Ja seitens der SPÖ zu weiteren und harten und sehr beinharten Verhandlungen mit dem Bauwerber, ein sehr klares Nein zu diesem Bauvorhaben, wie es momentan hier vorgeschlagen wird, weil was hier auf dem Tisch ist, ist sicherlich nicht das, was wir uns alle miteinander, und da gibt es sehr viele Fraktionen, die sich einfach hier diese Bauten nicht wünschen und auch ein sehr klares Ja seitens der SPÖ-Fraktion zu Bebauungsplänen der noch nicht verkauften und in Planung befindlichen Grundstücke auf und rund um die Messe und selbstverständlich auch zu einem klaren Ja der SPÖ zu möglichen Korrekturen dieses Bauvorhabens im Rahmen der gemeinderätlichen Möglichkeiten, wir werden ja dieses Stück auch noch im Gemeinderat behandeln, aber Nein zur Dringlichkeit dieses Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Im Prinzip hätte ich fast vorgehabt, es mir einfach zu machen und zu sagen, no na, stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Aber das, was der Kollege Eichberger jetzt gesagt hat, provoziert doch eine Wortmeldung, denn vielleicht erinnerst du dich, dass ich, ich weiß die Zeit nicht genau, aber rechtzeitig vor Vorliegen eines Projektes da hier gestanden bin mit einem dringlichen Antrag, der eigentlich nichts anderes eingefordert hat als das, was im Messequadranten im Zeitplan ohnedies vorgesehen ist, nämlich die Belegung des gesamten Messeareals mit Bebauungsplanpflicht. Ich glaube, Termin wäre da vorgesehen gewesen, wenn ich es richtig im Kopf habe, Oktober 2004. Dieser dringliche Antrag von mir ist interessanterweise auch von der SPÖ abgelehnt worden und deshalb nicht durchgegangen. Wäre der damals durchgegangen, hätten wir jetzt die Malaise nicht, nur zur Erinnerung (*Applaus KPÖ*) und zur Dringlichkeit. Städtebaulich ist das Projekt, da sind wir uns, glaube ich, ziemlich alle einig, wirklich nicht das Gelbe vom Ei, es ist äußerst mangelhaft und da geht es nicht nur um die Verbauung des Messeschlössls, dass dann ziemlich furchtbar dastehen wird,



eingehäuselt dastehen wird, sondern es geht um den gesamten Umgang mit dem Areal. Umso mehr ein Argument, auch allen mit der Raumordnung Befassten umsomehr ein Argument dafür, wie dringend wir einen Gestaltungsbeirat brauchen. Weil wir haben mittlerweile so eine ganze Häufung von Projekten, die städtebaulich wirklich so schlecht sind und genau um diese Investoren geht es, auf diese Investoren ein wenig Druck auszuüben, dass sie bessere Projekte vorlegen und jetzt haben wir kaum Möglichkeiten. Es geht um die Eggenberger Allee, es geht ums Pestalozzi-Tierspital, wissen wir auch, dass das nicht wirklich berauschend ist, was dort steht und ein Gestaltungsbeirat hätte wahrscheinlich das Verfahren nicht eingebremst, wenn er rechtzeitig, so wie es eben in Salzburg und Linz üblich ist, ins Verfahren eingegriffen hätte, das Projekt begleitet hätte und dann wäre es wahrscheinlich auch ohne diese Verzögerungen, die jetzt entstehen, die für den Bauträger auch nicht angenehm sind, weil wir eben sagen, die Qualität passt nicht, da geht für ihn auch Zeit verloren, das wäre ohne diese Geschichte wahrscheinlich schneller gegangen. Und dieses Projekt ist auch, ich sage das gleich, obwohl es da um den Inhalt geht, Gerhard Rüscher, der Beweis dafür, dass deine Strategie dort, die du damals mir als Antwort gegeben hast, die GRAWE macht eh freiwillig einen Wettbewerb, dort furchtbar in die Hosen gegangen ist, weil wir keinen Einfluss gehabt haben drauf, auf die Einladung, auf die Einladungspolitik für den Wettbewerb, wir haben nicht einmal die Ergebnisse gesehen, also ich zumindest kenne kein Wettbewerbsergebnis, sondern wir wurden nur verständigt, ja die GRAWE ist mit dem Ergebnis nicht einverstanden und deshalb bestimmt sie wieder ihren eigenen Architekten mit der Planung und wir können mit unseren Wünschen jetzt im Bebauungsplanverfahren irgendwie hinten nachhoppeln und schauen, dass wir irgendwie zusammenkommen. Und der letzte Satz, Kollege Eichberger, wenn du sagst, harte Verhandlungen, die Kunde höre ich wohl, ich kann mich erinnern an die harten Verhandlungen in der Pestalozzistraße, sehr hart habt ihr dort nicht verhandelt, da wäre wesentlich mehr drinnen gewesen. Ich meine, wenn wirklich hart verhandelt worden wäre. Ihr habt euch bedankt, dass der Architekt noch einmal Zeit gehabt hat zu kommen, so war es im Wesentlichen.

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.08 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich melde mich auch Namens meiner Fraktion zur Dringlichkeit und möchte das jetzt nicht nur als Bürgermeister, sondern auch gleichzeitig als eine Wortmeldung des Aufsichtsratsvorsitzenden unserer Messegenossenschaft verstanden wissen, was ich jetzt hier sagen möchte. Vor wenigen Jahren sind wir vor der Situation gestanden, dass wir auf dem Areal der Grazer Messe, auf diesem riesengroßen Areal zwei devastierte Sportplätze hatten, lauter devastierte Hallen, die Messe in ihrer Weiterführung und ihrem Bestand massivst gefährdet war und wir uns entschlossen haben, einen neuen Weg zu gehen. Einen, der gar nicht einfach ist, aber der letzten Endes, wenn die Durststrecke der Umbauten auf dem Messeareal selbst durchgestanden haben, von Erfolg gekrönt sein wird, davon gehe ich aus, weil es ist sowohl verkehrstechnisch als auch von der Lage wahrscheinlich in der Zukunft jener Platz, wo wir die Leistungen unserer Wirtschaft und der Menschen, die hier arbeiten und forschen, auch präsentieren können und zwar nicht nur hier in Graz und in der Steiermark, sondern in der Region, um die wir uns so bemühen, inklusive unserer Nachbarnländer in Slowenien, in Kroatien, in Ungarn und darüber hinaus. Was hatten die Anrainer und die Bewohner damals für eine Situation? Es fanden zumindest zweimal jährlich große Messen statt mit Ringelspiel und allem Pipapo, sage ich einmal, mit Autobahnparkplätzen, mit einer Lärmsituation, mit Tagesbesuchern von mehr als 20.000 Menschen, das war eine wirkliche Belastung auch für die Menschen, die dort als Anrainer wohnen. Dann haben wir versucht, neben dem Stadthallenbau als ein erstes Signal auch eine neue Verkehrslösung zu schaffen. Hat die Stadt Graz tief in die Tasche gegriffen, weil die Verlängerung des 4ers und die Bauten, die wir da jetzt machen, sind gewaltig, damit wir die Menschen möglichst schon am Stadtrand, sprich: gleich bei der Autobahn abholen, beim neuen Murpark unten beim Sparmarkt in Liebenau. Dann hat Kollege Josel versucht, einen Messequadranten zu entwickeln und städtebaulich vorzusorgen. Dieser Messequadrant ist aus meiner Sicht auf Grund der neuen Bedingungen der Messe überholt und muss nicht nur, sondern wird auch nicht nur hier im Gemeinderat, sondern in allen Gremien der Stadt und auch von unseren Planungsämtern komplett überarbeitet und überholt werden, weil es massive Änderungen gegeben hat, eine im Übrigen auch ausgelöst durch Dr. Bouvier und das Bundesdenkmalamt, der darauf bestanden hat, dass die eher nicht so rühmliche Halle 11 in der Stadt Graz verbleiben soll, wenn ich wieder so sagen darf, entkleidet werden soll und jetzt hinter die neue Halle, die wir bauen wollen, angedockt werden soll. Das heißt aber, dass

die Verkehrsführungen nicht mehr funktionieren, das heißt, eine komplett neue Anordnung der Messehallen als wir sie geplant haben und das bedeutet letzten Endes auch, dass wir im Moment von Seiten der Messe noch nicht klar sagen können, welche Bereiche überhaupt verkauft werden und welche nicht. Dann haben wir versucht, diese Umbauten möglichst durch Erlöse von den Grundstücken hereinzubekommen. Wir haben für unsere Nachbarn etwas abgesichert und darauf bin ich stolz, es ist nämlich die ehemalige Gruabn nicht zu einem Baugrundstück geworden, das wäre nämlich auch noch zur Belastung der Anrainer gekommen, auch wenn man dort einen Teil als Parkanlage gemacht hätte. Ich verstehe sehr gut die Anrainerinnen und Anrainer, weil wir haben dort in Summe, wenn wir über das ganze Areal drüberschauen, inklusive Fröhlichgasse, Sportklubplatz und das was auf der Messe steht, ein Gesamtvolumen von ungefähr 200.000 bis 250.000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche. Das allerdings jetzt auch mit einem vernünftigeren Konzept, weil solche Konzentrationen von Menschen mit diesen Lärmerzeugnissen und mit diesen Verkehrsproblemen dort nicht mehr so häufig sein werden wie in der Vergangenheit, weil wir in eh eine Tagungsmesse und Kongresszentrum investieren und eher auf Fachmessen umrüsten. Und jetzt habe ich folgende Bitte an Sie, weil ich halte, wie es der Kollege Eichberger auch gesagt hat einen dringlichen Antrag als falsches Instrumentarium in der Raumordnung. Ich verspreche Ihnen auch hier als Bürgermeister (*Applaus ÖVP*), dass es garantiert Bebauungspläne geben wird am Sportklubplatz und in der Fröhlichgasse. Ich verspreche Ihnen auch, wenn wir geklärt haben, welche Grundstücke wir dann veräußern können, es steht ja noch gar nicht fest, dass wir auch dann die Bebauungspläne machen werden. Wir haben jetzt das Problem und wir brauchen bitte auch dringend das Geld, weil sonst können wir den ganzen Messebaufortschritt nicht fortsetzen, ich sage das auch schon einmal dazu, haben wir einen vertraglichen Erlös erzielt mit einem Investor, über den ich hier im Gemeinderat eigentlich keine schlechten Worte hören möchte, weil die Grazer Wechselseitige ist sehr bemüht, gute Projekte, tolle Wohnprojekte in unserer Stadt hier zu machen und diesen Investor sollte man da nicht attackieren (*Applaus ÖVP*). Und jetzt komme ich bewusst zum Städtebau. Es ist deswegen nicht gut, weil die Stadt Graz auch einen Verkaufserlös geplant und erzielen wollte und damit Vorgaben da waren, noch dazu mit dem Bundesdenkmalamt und mit dem Messeschlössl, dass man wieder davon ausgehen kann, ich sage ähnlich wie bei der Thalia, dass wer diese Zahlen einhalten will kein ordentliches Projekt abliefern kann. Und zwar

deswegen, weil wir fünf Teilnehmer hatten, es gab einen Wettbewerb, es gab einen Wettbewerbssieger und soweit ich das mitbekommen habe, gibt es überhaupt keine Fraktion und keinen Politiker in der Stadt Graz, der mit dem derzeitigen Projekt der Grazer....

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt jetzt ein Projekt, das die Grazer Wechselseitige als Sieger auserkoren hat. Es ist auf alle Fälle ein Projekt, und da sind wir uns, glaube ich, einig, das keinem von uns gefällt und das sowohl, was das Schlössl anbelangt als auch von den Höhen als auch von den ganzen Problemen dort vor Ort auch nur einen Einzigen da herinnen von uns glücklich macht. Deswegen haben wir mit der Grazer Wechselseitigen ordnungsgemäß Verhandlungen zu führen, wir müssen aber immer eines wissen, wenn wir dort auf Dichte und auf Höhe verzichten, werden wir das bei unserem Gesamtinvestitionsprojekt der Messe letztendlich auch wieder einzurechnen und zu verändern haben. Weil ich glaube, dass ein dringlicher Antrag, jetzt einfach drüberzufahren und zu sagen, jetzt brauchen wir für alles einen Bebauungsplan, auch deswegen nicht funktioniert, weil die Messe weiterhin ihren Freiraum braucht, aber wir den jetzt noch gar nicht neu zugeordnet haben, wird sich meine Fraktion heute auch gegen die Dringlichkeit aussprechen, aber ich hoffe, dass ich deutlich, genauso wie der Herr Gemeinderat Eichberger, gesagt habe, dass die Projekte dort und das ist auch dein Anliegen, deswegen bringst du es auch ein. Ich sage nur noch einmal, bitte nicht zu populistisch vorgehen, das ist immer klass, wir haben die Aufgabe, insgesamt was zu tun, es ist jetzt ein dringlicher Antrag zu dem Thema, mich würde es halt freuen, wenn wir uns an den Tisch setzen...

***Zwischenruf GR. Schmalhardt: Der dringliche Antrag ist populistisch?***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich halte in dem Fall einfach, ja, ich halte ihn ein bisschen populistisch, ich sage es dazu, weil man den Nachbarn sagen möchte (*Applaus ÖVP*), wir tun was und wir nutzen ein Instrument aus, mit dem wir uns sehr schwer tun, weil wir das ordnungsgemäß abhandeln wollen. Und ich sage noch einmal, wenn da draufsteht, dass das gesamte Gelände jetzt möglichst bebauungspflichtigen Verfahren zugeführt wird, dann habe ich ein Problem damit, weil es wird weiterhin eine Messe bleiben, die ihre Bereiche braucht. Aber die sind noch nicht definiert und deswegen werden wir heute auch der Dringlichkeit als ÖVP nicht zustimmen, sehr wohl aber dieses Anliegen, das da vertreten wird, auch dokumentiert eh durch alle Fraktionen wirklich beherzigen und ernst nehmen (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Siegfried! Ich muss mich wirklich wundern über deine Wortmeldung. Ich bin es nicht gewohnt, dass der Bürgermeister von Graz einen dringlichen Antrag als populistisches Instrument abqualifiziert. Gegen das möchte ich mich wirklich als Gemeinderat verwahren und jetzt wieder zur Sache selbst. Dass gewisse Fraktionen im Haus Investoren bevorzugt oder gut behandeln und ihnen die Interessen der Bürger nicht so wichtig sind wie die Interessen der Investoren, das steht jeder Fraktion frei, wie sie es haltet, aber bitte beachten Sie, Sie behandeln Investoren von Graz mit zweierlei Maß, die einen haben gar keine Chance, aus der Bebauungspflicht herauszukommen und bei den anderen wagen wir nicht einmal, einen Fehler, der uns hier im Gemeinderat passiert ist, zu reparieren. Es ist der Versuch, einen Fehler zu reparieren, schon frevelhaft und zu dir, lieber Klaus Eichberger, ich kann mich an die Zeiten erinnern, wo du wirklich der Kämpfer im Bezirk Jakomini warst, und ich wundere mich, dass du dem dringlichen Antrag nicht zustimmen kannst im Interesse deiner Mitbürger im Bezirk Jakomini. Wir wissen doch alle, wie die von dir zitierten beinharten Verhandlungen mit einem Investor ausschauen, wenn wir rechtlich am schwächeren Ast sitzen. Wo stimmen wir nicht zu? Wir können einem kleinen Teil des

bebauungspflichtigen Arealen nicht zustimmen, das wird aber die andere Verbauung nicht behindern. Ich habe weder das Projekt abqualifiziert, noch irgendetwas Negatives über dieses Projekt gesagt. Ich finde nur, es ist für mich nicht einsehbar, dass bei weit kleineren Bauvorhaben sehr wohl und berechtigterweise Bebauungspflicht besteht und hier ist uns im Gemeinderat, und da nehme ich mich gar nicht aus, ein Fehler passiert beim Verkauf und den können wir reparieren. Der Schiedsrichter hat auch eine gelbe und eine rote Karte, wenn du von Spielen gesprochen hast, es gibt Regeln, an die haben wir uns zu halten, aber ich kann, bevor eine Baugenehmigung erlassen wird, die Regeln richtig stellen, wenn ein Fehler passiert ist und um das bitte ich, drum ersuche ich um die Zustimmung meines dringlichen Antrages (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ein Schlusssatz sei mir deswegen erlaubt, weil, und das ist ganz, ganz wichtig, wir dort vorhaben, und es ist kein Vertrag abgeschlossen worden, wo wir gesagt haben, wir kriegen soundsoviel Geld und Ende der Durchsage. Sondern wir haben im Vorfeld schon auch mit der Grazer Wechselseitigen in den Verträgen vereinbart, wenn ein Projekt kommt, das diese Dichte möglich macht, dann kriegen wir den Kaufpreis X und jetzt wird dieses Projekt so nicht kommen und dann werden wir auch diesen Kaufpreis X nicht bekommen, aber du verzeihst, ich will dir da nicht nahe treten, aber wenn du dann auch sagst, die einen sind nur für Investoren da und die anderen sind quasi für die Bewohner da, dann irrst du da auch, mehr sage ich nicht dazu. Wir versuchen ja, alle Menschen in einem Rechtsstaat so zu behandeln, weil auch Investoren für andere Menschen wieder Wohnraum schaffen und anderen Menschen Arbeit geben und noch dazu auf dem Messeareal auch wiederum für Arbeit sorgen und die musst du alle beherzigen und nicht immer nur eine Kerngruppe heraus, da wird was gebaut, da kann man politisch punkten und wieder weg, das ist das, was ich meine. Wir meinen es ernst, der ganze Gemeinderat meint es ernst. Ich kann für meine Fraktion sprechen, wir müssen das Moserhofschlössl ein bisschen freilegen, das wird so nicht gehen und wir werden uns dann da herinnen wieder damit zu beschäftigen haben, wie wir diesen Entfall des Geldes, der da wahrscheinlich herauskommen wird, bei der Messe auch wieder verkraften. Wie man dort abspecken und sparen kann, da müssen wir uns drum kümmern, aber das ist ein

Riesenprojekt und macht uns sehr, sehr viel Kopfweh und ich sage noch einmal dazu, auch die Verbauung der restlichen Areale wird auch nur mit Bebauungsplänen gehen, da bin ich allerdings froh, dass zumindest schon Investoren ihr Interesse angemeldet haben und mit denen können wir es dann gemeinsam entwickeln und ich hoffe auch auf gute städtebauliche Entwicklung, weil das ist immer das Markenzeichen dieser Stadt gewesen, auch in der Architektur. Müssen wir wieder zusammenbringen, dort oder da geht leider auch etwas daneben, sage ich auch dazu (*Applaus ÖVP*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Jugendbeschäftigungsgesellschaft**

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Bürgermeister, werte Stadtregierung! Ich werde euch noch einmal kurz mit ein paar Zahlen belästigen aus der Arbeitsmarktstatistik im September und zwar betreffend die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation für junge Menschen in der Steiermark und dann speziell in Graz. Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen ist die am stärksten angewachsene Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Jahr. Wir haben eine Entwicklung gegenüber September 2004 von insgesamt + 8,9 %, wobei in dem Fall die jungen Männer mit 10 % mehr betroffen sind als die jungen Frauen mit 7,9 %. Der Anteil von Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit beträgt 20,1 %. Vorgemerkte Jugendliche nach der höchsten Ausbildung, Pflichtschulabschluss 37,2 %, das ist der höchste Anteil, mit Lehre 31,7 %, mit einer höheren Ausbildung, es geht immer um

junge Menschen unter 25, mit einer höheren Ausbildung als eine Lehre 31,1 %. 2.838 Jugendliche befinden sich derzeit in Schulungsmaßnahmen. In Graz sind aktuell 1.852 Jugendliche vorgemerkt, das sind um etwas mehr als 200 mehr als im letzten Jahr zur gleichen Zeit, und am Lehrstellenmarkt stellt sich das Ganze so dar, dass wir 540 Lehrstellensuchende gegenüberstehen haben 175 gemeldeten Stellen im Bereich RGS-Graz. Diese Zahlen und auch die Diskussionen, die heute schon im Bereich der Jugendwohlfahrt geführt worden sind, nämlich wer trägt die Auswirkungen von Beschäftigungsproblemen am Arbeitsmarkt und wer trägt sie im besonderen Fall im Bereich junger Menschen, ist hier herinnen schon mehrfach beantwortet worden und angemerkt worden, es wird in den Kommunen sich abspielen, was die Folgen davon sind. Und die Erhöhung von Armutsrisiken hin zu Ausgrenzungsprozessen ist etwas, was uns nicht wegschauen lassen darf. Und deswegen stelle ich einen dringlichen Antrag in diesem Sinne. Im Juni 2004, also Juli eigentlich, 2004, hat sich der Gemeinderat grundsätzlich zur kommunalen Beschäftigungspolitik bekannt. Dieses Bekenntnis sollte eben nicht nur signalisieren, dass in dieser Stadt das Anliegen da ist, dass junge Menschen eine Chance haben, sondern es sollten auch konkrete Maßnahmen folgen. Eine konkrete Maßnahme, die damals umgesetzt wurde und die auch, wie ich höre, sehr erfolgreich läuft, ist eine „Jugenddrehscheibe“, die mit einem Träger gemeinsam umgesetzt wird. Schon damals haben wir aber angemerkt, dass wir unter kommunaler Beschäftigungspolitik etwas mehr verstehen, und dass uns eine Subvention einer Servicestelle noch zu wenig ist.

Es ist im Sinne dieses Grundsatzes dringend geboten, grundsätzlicher an das Thema heranzugehen. Die Ziele kommunaler Beschäftigungspolitik können sich nicht auf kleine Einzelmaßnahmen beschränken, dazu gibt es schon genug erfahrene Organisationen, die gute Arbeit in Graz leisten.

Es geht vielmehr um

- regionalpolitische Strategien in Abstimmung mit den anderen ArbeitsmarktakteurInnen wie AMS, aber auch mit der Wirtschaft, mit den arbeitsmarktpolitischen Trägerorganisationen, mit dem Land usw.
- Es geht um die Koordination beschäftigungspolitischer Programme



- Es geht um die Möglichkeit, als Stadt Partnerschaften einzugehen in regionalen Projekten und diese auch aktiv wahrzunehmen, wie das zum Beispiel im Pakt möglich wäre und auf EU-Ebene.
- Es geht um Aufbau von Ressourcen im Bereich Wissen, also auch Daten, Beobachtung des Arbeitsmarktes aus kommunalpolitischer Sicht und Fachwissen zu dem Bereich und eben auch um Finanzierung. Das heißt nicht nur, dass die Stadt das zahlen soll, sondern es durchaus möglich ist, wie deutsche Städte nachgewiesen haben, einiges an Geld an Land zu ziehen, (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) wenn im Bereich was passiert.
- Es geht ums Aufspüren von Lücken und eben um die Definition des Bedarfes für den regionalen Bereich.

Und nicht zuletzt geht es um eine verstärkte

- Motivation von Unternehmern und Unternehmerinnen, in diesem Bereich mehr zu tun beziehungsweise bessere Bedingungen vorzufinden und eben nicht zuletzt, weil es eben ein städtisches Anliegen sein muss, es geht um die
- Vermeidung von letztendlich teuren Armutsrisiken und Ausgrenzungsprozessen.

Aus Sicht der Stadt mit ihrem über einen reinen Arbeitsmarktbezug hinausgehenden sozialpolitischen Auftrag verdienen besondere Zielgruppen erhöhte Aufmerksamkeit: Dazu gehören Mädchen, junge MigrantInnen, AussteigerInnen, SchulabbrecherInnen, Jugendliche mit Behinderungen.

Graz ist Schauplatz einiger engagierter und erfahrener Trägerorganisationen, die als PartnerInnen des AMS und des Landes konkrete Einzelmaßnahmen umsetzen.

Durch das Sozialamt fördert die Stadt Graz einige dieser Organisationen in finanzieller Hinsicht. Gleichzeitig hat das Amt für Wirtschafts- und Tourismusförderung die Verantwortung für die beschäftigungspolitischen Strategien übernommen, das war damals im Juli 2004. Um hier die vorhandenen Synergien besser nutzen zu können, wird eine verstärkte Kooperation zwischen diesen Ämtern notwendig sein, so wie ich mir die auch in vielen andere Bereichen verstärkt wünschen würde. Neben den bisherigen Aktivitäten könnte Graz verbesserte strukturelle Rahmenbedingungen für Arbeitsmarktmaßnahmen beitragen und die Kommune kann sie selbst in einer aktiveren Form beschäftigungsfördernde Impulse für junge Menschen setzen. Die Form einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft

könnte vorhandene Ressourcen stadintern und im regionalen Kontext besser bündeln und im Sinne eines konkreten Ansatzes nutzen. Allerdings wäre die Stadt über ihre Rolle als Geldgeberin hinaus dann verstärkt gefordert. Eine aktivere und besser koordinierte Herangehensweise erfordert eben klare Kompetenzen, eine Zuständigkeit und die Übernahme der politischen Verantwortung dafür und es kann im Idealfall dazu führen, dass es zusätzliche Mittel von außen für konkrete Projekte bringt, das heißt, es muss nicht unbedingt sehr viel kosten.

Um im Sinne des gemeinsamen Bekenntnisses, das hier herinnen einstimmig beschlossen wurde, zu einer kommunalen Beschäftigungspolitik die nächsten Schritte zu setzen, stelle ich namens der Grünen Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

und hoffe auf breite Unterstützung. Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusförderung und das Sozialamt der Stadt Graz werden gemeinsam beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für eine „städtische Jugendbeschäftigungsgesellschaft“ zu prüfen, welche folglich in Kooperation mit den anderen Arbeitsmarkt-AkteurInnen zu entwickeln wäre.
2. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden den betreffenden Ausschüssen bis Februar 2006 als Bericht zur Diskussion vorgelegt.

Ich habe jetzt, glaube ich, einen Passus vergessen, den ich zugesagt habe hineinzunehmen, der steht jetzt da nicht herinnen, das müssen wir noch schriftlich einfügen von der KPÖ, nämlich der Vorschlag, dass man unter Einbindung der Jugendbeschäftigungsdrehscheibe das überprüft. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Perissutti** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mich zur Dringlichkeit zu Wort melden und darf einmal gleich seitens der SPÖ bekanntgeben, dass wir selbstverständlich der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen werden. Ich

möchte nur zum Inhalt ein paar Worte verlieren, wo ich glaube, wo uns ein bisschen was trennt. Erstens einmal bin ich sehr froh, dass du das heute wieder zum Thema bringst, weil im jetzigen Zeitpunkt auf Grund der Verhandlungen in der Landesregierung das natürlich ein absolut aktuelles Thema ist. Es darf nur leider nicht so sein, dass wir als Kommunalpolitiker immer versuchen, die Verantwortung derer zu übernehmen, die sie eigentlich haben. Fakt ist, dass es in dieser Sache um eine bundespolitische Verantwortung geht, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten nicht eingehalten wird und ich glaube, wir haben da einfach die Notwendigkeit, uns zu überlegen, wo können wir als Kommunalpolitiker tatsächlich tätig werden und da geht es wirklich um die Randgruppen. Da bist auch du in deinem Antrag dankenswerterweise darauf eingegangen auf die Randgruppen, die noch ein viel größeres Problem haben, wenn es darum geht, einen Job oder einen qualitativen Ausbildungsplatz zu finden. Ich glaube, dass es in der Stadt Graz diese Einrichtungen gibt, wenn man ERFA denkt, man an JAS denkt etc., und viele andere, dann wird man feststellen, dass es in diesem Bereich sehr viele Einrichtungen gibt, die auch sehr viel wertvolle Arbeit leisten. Und wir müssen uns auch vergleichen mit anderen Ländern und auch im gesamtösterreichischen Vergleich uns das anschauen und wenn wir uns das anschauen, werden wir feststellen, dass wir, wenn man es steiermarkweit betrachtet, nur ein halb so großes Problem haben, wie Österreich. Es gibt jedoch in Graz eine spezielle Problematik zu, nämlich dass wir im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung bei den arbeitslosen Jugendlichen von fast 20 % haben. Das heißt, es ist absolut geboten, in diesem Bereich etwas zu tun, deswegen haben wir uns auch erlaubt, einen Abänderungsantrag zu stellen, weil wir genau diese besondere Situation, die sich auf Grund der Neuwahlen im Land ergeben hat, nützen wollen. Es finden jetzt zur Zeit Regierungsgespräche statt, das brauche ich keinem erklären, es geht auch um den Bereich Lehrlinge, es geht auch um den Bereich Lehrlingsfonds und deshalb darf ich gemeinsam mit der ÖVP als SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Abänderungsantrag stellen, der da lautet: Es sind seitens der Stadt Graz umgehend mit dem Land Steiermark Verhandlungen aufzunehmen, um die Anliegen der Stadt im Zusammenhang mit der in Ausarbeitung befindlichen Lehrlingsinitiative oder Jugendinitiative des Landes bestmöglich einzubringen beziehungsweise zu berücksichtigen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Liebe Lisa, dein Antrag, wir stimmen als Fraktion der Dringlichkeit auf alle Fälle zu. Es ist ein ganz wesentliches Thema, das sicherlich nicht nur Graz betrifft, sondern auch das Land Steiermark, aber wir haben in Graz im Vorjahr meines Wissens die Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe gegründet und soweit mir bekannt ist, arbeitet diese Drehscheibe wirklich ausgezeichnet und es wird auch so sein, dass es hier eine Evaluierung geben wird und einige Dinge in diesem Antrag wären für uns wichtig, wenn sie ganz einfach dort integriert werden. Es ist für uns nicht wichtig und auch nicht von Interesse, jetzt ein zweites Instrumentarium einzurichten und unter Umständen wieder eine Gesellschaft zu gründen. Aber es ist ganz wichtig, dass die Themen angepackt werden und dass das dann wirklich überprüft wird und ob man vielleicht nicht wirklich diese Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe erweitern sollte mit wesentlichen Punkten, wo es herauskommt, dass das wichtig ist. Aus diesem Grund stellen wir einen Zusatzantrag, der eine Einfügung hat, und zwar im ersten Absatz soll es heißen: Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusförderung und das Sozialamt der Stadt Graz werden gemeinsam beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für eine städtische Jugendbeschäftigungsgesellschaft unter Einbeziehung der im Amt für Wirtschaft und Tourismus bestehenden und gut funktionierenden Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe zu prüfen, welche folglich in Kooperation mit den anderen Arbeitsmarkt-Akteurinnen zu entwickeln wäre (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Stein:** Meine Fraktion, die ÖVP, geht auch mit der Dringlichkeit mit, weil uns Jugendbeschäftigung unheimlich wichtig ist. Wie auch Lisa Rücker in ihrem Antrag richtig sagt, gibt es schon genug erfahrene Organisationen wie das AMS, arbeitsmarktpolitische Trägerorganisationen, Land, die gute Arbeit auch leisten. Wir können aber nicht verstehen, was eine städtische Jugendbeschäftigungsgesellschaft ausrichten sollte. Wir brauchen keine zusätzlich Gesellschaft, denn das Amt für Wirtschaft und Tourismus arbeitet gut und es wird ständig evaluiert. Ende Juli standen 540 Lehrstellensuchenden 175 offene Lehrstellen gegenüber. Es ist auch eine Frage der Vermittlung, es gibt viele Betriebe, die Lehrlinge suchen und keine vermittelt bekommen oder finden. Was unser Auftrag sein sollte, ist die Wirtschaft zu

stärken, damit werden wieder Arbeitsplätze geschaffen und nicht nur für Jugendliche (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Zusätzliche Arbeitsplätze kann sicher nicht die Stadt oder sicher nicht das Land schaffen, sondern nur die Wirtschaft. Die Stadt kann eine positive Stimmung schaffen für die Ansiedlung von Betrieben und sie kann durch geeignete Maßnahmen Betriebe dazu bewegen, nicht aus der Stadt abzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise in der Stadt zu erhalten. Ein geistiger Flatus, wie die Diskussion über die Einführung der City-Maut ist sicher kontraproduktiv und Gott sei Dank ist dieser schon längst im Winde verweht. Gute Ansätze in die richtige Richtung stellen daher sicherlich, wie diverse Aktivitäten zum Beispiel das Grazer Handelsmarketing, zum Beispiel diverse Start-up-Center etc. sind da sicherlich die richtigen Ansätze. Aus diesen Gründen können wir wirklich nicht die Notwendigkeit für diesen No-Na-Antrag erkennen, aber wir wollen durch Mitstimmen und Mittragen nochmals dokumentieren, wie wichtig uns Jugendbeschäftigung wohl ist. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Ich entschuldige mich für die Wortwahl, dass mir dieser Flatus entkommen ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich hoffe, Herr Gemeinderat Candussi hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass ein Wort gefallen ist und ich stelle wirklich fest, es wäre gut, wenn wir im Gemeinderat möglichst auch lateinische oder sonstige Bezeichnungen für Unwörter herinnen vermeiden.

GRin. **Rücker**: Ich wollte zuerst den Flatus zurückweisen, das muss ich jetzt, Gott sei Dank, nicht mehr tun, ich möchte auch den No-Na-Antrag zurückweisen, weil ich anscheinend da herinnen nicht klarmachen kann, um was es mir geht. Dass wir klar wissen, und das habe ich auch vorher versucht in meiner Anfrage an den Herrn Bürgermeister auszuführen, dass es eine Verantwortung gibt, die auf Bundesebene, auf Landesebene, auf EU-Ebene gegeben ist und dass die Rahmenbedingungen dort genauso passen müssen, das habe ich klar ausgeführt und deswegen ist es für mich kein Übernehmen von einer Verantwortung, die woanders angesiedelt ist, sondern es geht mir um nichts anderes als dass in dieser Stadt endlich eine aktivere Rolle übernommen wird, eine bewusstere Rolle, weil die Stadt eben ganz konkret betroffen ist in ihren Möglichkeiten, eine Rolle zu spielen in der aktiven regionalen Beschäftigungspolitik. Ich will keine Aufgaben des AMS in dieser Stadt abgewickelt sehen, weil dazu gibt es das AMS und ich denke auch, dass viele Trägerinnen und Träger einzeln sehr gute Arbeit leisten. Aber es wäre möglich aus Stadtsicht, etwas mehr in die Steuerung zu gehen und etwas mehr über regionalpolitische Zusammenhänge und strukturpolitische Zusammenhänge Einfluss zu nehmen auf das, was in dieser Stadt passiert. Und das Zweite, was ich nicht mehr hören kann, ist die Frage oder jedes Mal kommende Geschichte, wenn man die Wirtschaft fördert, dann geht es den Menschen gut. Wir wissen inzwischen auf Grund unsere gesellschaftlichen Entwicklungen und wir brauchen sie nur täglich in den Zeitungen zu entnehmen, die Wirtschaft in bestimmten Bereichen, der geht's blendend und die Arbeitsplätze werden abgebaut und der Kostenfaktor Arbeit wird regelmäßig als das Ausspielungskriterium verwendet, das heißt, ich unterscheide beim Begriff Wirtschaft, und das habe ich schon öfter hier eingefordert, sehr klar zwischen kleineren und mittleren Unternehmen, die brauchen Rahmenbedingungen und Strukturen, wo auch die Stadt gefragt ist, aber ich unterscheide auch zu den großen Unternehmen, denen geht es blendend und es ist für mich zu wenig, immer wieder zu sagen, wenn es der Wirtschaft gut geht, dann kommen die Arbeitsplätze. Wenn es so wäre, dann hätten wir sie und gerade im Produktionsbereich, wo die großen Unternehmen massiv absahnen und abgebaut wird wie nie zuvor. Und wir haben auf dem Arbeitsmarkt ein echtes Problem mit der Zielgruppe derer, die keine höhere Ausbildung haben als einen Pflichtschulabschluss und das sind genau die Arbeitsplätze, die vernichtet werden durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die die Stärkeren fördert und die Schwächeren ausbeutet. Und ich muss jetzt der SPÖ auch etwas sagen...

***Zwischenruf unverständlich.***

GRin. **Rücker:** ...exklusiv für euch beide. Ich bin auch etwas verwundert, ich habe zuerst gedacht, es geht hier um einen Ergänzungsantrag, ich bin jetzt etwas erstaunt, dass ihr mir sozusagen den Antrag „obilaat's“ mit einem Abänderungsantrag und offensichtlich ist es mir nicht genug gelungen, den Sinn einer Beschäftigungsgesellschaft und der aktiven Rolle der Stadt in dem Zusammenhang zu verklickern, tut mir sehr Leid, aber das ist etwas, was mich schon etwas verwundert.

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das werden wir jetzt verkraften.***

GR. **Perissutti:** Liebe Lisa, es hilft halt nichts, wenn man zum Fleckerlteppich noch ein Fleckerl dazumacht und genau dabei geht es in deinem Antrag.

***Zwischenruf GRin. Rücker: Nein.***

GR. **Perissutti:** Oja, das ist leider so (*Applaus SPÖ*). Es ist leider so, dass es diese Maßnahmen gibt, es ist eine gut gemeinte Idee, dass man die auch vernetzen sollte etc, das ist unter anderem auch eine Aufgabe der Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe, eben genau auch diese Einrichtungen zu vernetzen mit den Betrieben wie auch die Jugendlichen mit den Betrieben zu vernetzen und umgekehrt etc. Ich möchte nur zum Zusatzantrag der KPÖ noch ein Wort verlieren, nämlich nicht dass der Eindruck entsteht, dass wir auf Grund unseres

Abänderungsantrages und des damit verbundenen Nichtzustimmens zum Zusatzantrag gegen die Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe etwas haben. Im Gegenteil, wir halten das für eine gute Einrichtung, jedoch steht die Evaluierung erst im November 2005, also in wenigen Wochen, an, erst dann werden wir auch wirklich prüfen können, wie gut sie tatsächlich gearbeitet haben und dann werden wir uns mit dieser auseinandersetzen, mit dieser Lehrlingsbeschäftigungsdrehscheibe. Das Amt für Wirtschaft und Tourismus und es geht halt in der jetzigen Phase darum, steiermarkweit zu überlegen, wie wir dieses Problem in den Griff bekommen und nur das Vernetzen der besonders benachteiligten Jugendlichen wird das Lehrlingsproblem, das wir in der Steiermark haben, nicht lösen und in diesem Zusammenhang gibt es sehr gute Einrichtungen, die auch sehr gute Arbeit genau für dieses Klientel machen und es ist nicht so, dass diese Gruppe unterrepräsentiert wäre am Arbeitsmarkt. Wir müssen uns jetzt gesamtsteiermarkweit etwas überlegen und ich hoffe da auf die Regierungsverhandlungen, dass ÖVP und SPÖ es gelingt, in diesem Zusammenhang wirklich einmal was Richtungsweisendes gesamtösterreichisch zusammenzubringen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Es wird die Antragstellerin nicht verwundern, dass ich zu diesem Thema doch was sagen möchte und auch wenn sie es nicht mehr hören kann, dann bleibe ich trotzdem dabei, dass ich glaube, dass die beste Beschäftigungspolitik immer noch eine offensive Wirtschaftspolitik ist (*Applaus ÖVP*) und dass wir es schon zur Kenntnis nehmen sollten, dass immer noch die Betriebe dieses Landes die Beschäftigung ausmachen und dass wir durch Maßnahmen in manchen Bereichen...

***Zwischenrufe unverständlich.***



Dr. **Buchmann**: ...lasst mich ausreden, durch Maßnahmen in manchen Bereichen, wo es Marktversagen gibt und das gibt es zugegebenermaßen, durch Maßnahmen in manchen Bereichen, wo es Marktversagen gibt, durch ganz gezielte Projekte auch durchaus eine Verbesserung der Situation herbeigeführt werden. Und ich möchte den Gemeinderat schon immer wieder darauf hinweisen, weil das so ausschaut, als wenn wir Richtung Beschäftigung in kleinem Maße, aber doch auch immer wieder Aktivitäten setzen und wenn ich gesagt habe, die beste Beschäftigungspolitik ist eine offensive Wirtschaftspolitik, dann weise ich darauf hin, dass die Wirtschaftsstrategie des Gemeinderates und die ist immerhin mehrheitlich beschlossen, auf mehreren Säulen steht und eine dieser Säule ist die aktive Bestandspflege, wo wir uns sehr intensiv um die 14.000 Betriebe dieser Stadt annehmen, die immerhin mehr als 93.000 Menschen Beschäftigung geben und wo es darum geht, diese Rahmenbedingungen für diese Betriebe, sofern wir es können, im kommunalen Bereich auch ständig zu verbessern. Zweiter Punkt, Standortmarketing ist eine dieser Wirtschaftsstrategien und da geht es darum, dass wir versuchen gemeinsam beispielsweise, habe gerade mit dem Bernd Weiss gesprochen, wie es in der GBG gegangen ist auf der Exporial, also der größten Gewerbeimmobilienmesse in Europa, wo es darum geht, wie wir es schaffen können, Betriebe in die Stadt Graz zu bekommen, um mehr Beschäftigung zu erreichen. Das ist ein zähes Geschäft, wir tun das seit langem, wir haben mittlerweile bei Grundstücken vorgesorgt, um Entsprechendes anbieten zu können und Stepp by step gelingt einiges. Ich nenne Rocher als Beispiel, andere gibt es zusätzlich, auf das sollten wir stolz sein und auch hinweisen, weil das auch Leitbetriebe sind, die in die Stadt gekommen sind. Und warum sind das Betriebe, die gekommen sind, beziehungsweise auch von internationalen Konzernen übernommen worden sind, weil wir eine Qualität haben, die uns von vielen anderen Regionen und Städten unterscheidet und das ist die Bildungsqualität in dieser Stadt und deswegen bin ich auch dem Gemeinderat dankbar dafür und habe mit dem Finanzreferenten viele Diskussionen geführt, dass wir beispielsweise in den Fachhochschulstandort weiter investieren, dass wir beispielsweise in die Kompetenzzentren weiter investieren, dass wir beispielsweise in die Spezialforschungsbereiche weiter investieren, weil das überhaupt die einzigen Maßnahmen sind, um neue und zusätzliche Betriebe in die Stadt zu bekommen oder bestehende zu halten (*Applaus ÖVP*). Eine Beschäftigungsgesellschaft klingt gut, das versteht jeder etwas anderes darunter, könnte man jetzt definieren, was in

diesem Antrag gemeint ist, wenn ich das richtig verstehe, was in diesem Antrag gemeint ist, dann würde diese Beschäftigungsgesellschaft das koordinieren, was schon viele Anbieter, Vorredner haben es gesagt, tun. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, dann schaffen wir zwar auch Beschäftigung für den einen Geschäftsführer und für die Mitarbeiterin im Sekretariat, aber das alleine wird es nicht sein können. Wenn wir aktive Beschäftigungspolitik machen wollen, dann müssen wir eine aktive Wirtschaftspolitik machen und nicht zusätzlich Geschäftsführungen ins Leben rufen, die dann ja über nicht mehr Ressourcen verfügen als wir sie zur Stunde haben. Und ich bin ganz bei der Antragstellerin zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das hat meine Fraktion auch entsprechend so gesagt. Man muss aber auch die Kompetenzen klären und richtig ist auch, dass die Stadt Graz keine Beschäftigungskompetenz hat. Wenn wir eine solche übernehmen wollen, dann sollen wir das tun, nur dann wiederhole ich das, was ich in den letzten zwei Jahren immer gesagt habe, dann bitte dafür auch einen Muskel entwickeln und der Muskel bei Beschäftigungsmaßnahmen sind immer auch Maßnahmen, die mit Geld zu tun haben, dann muss ich den Finanzreferenten bitten, das Wirtschaftsressort oder wer immer dann diese Kompetenz hat, ich bin bei der Antragstellerin, dass diese Kompetenz gebündelt gehört, dann muss diese Kompetenz auch mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet sein, sonst kann sie nichts umsetzen. Und ich glaube, dass das was wir tun können, und deswegen halte ich den Zusatzantrag für sehr vernünftig oder den Abänderungsantrag für sehr vernünftig, an das Land heranzutreten und gemeinsam etwas zu tun, das was wir tun müssen, ist in Qualifikation zu investieren und die Chance besteht und ich glaube, es sollten sich künftig die Stadt und das Land gemeinsam auch darauf verständigen, dass wir die Quote jener, die nur Pflichtschulabschluss haben, ich sage das jetzt im Respekt, aber die nur Pflichtschulabschluss haben bis zum Jahr 2015 gegen null bringen, das ist eine jener Qualifizierungsinstrumente und Maßnahmen, die wir brauchen werden, damit wir qualifizierte Beschäftigung haben und auch zusätzliche Mitarbeiter bekommen, weil, letzter Satz, natürlich die demografische Entwicklung in diesem Lande, und wer sich die ein bisschen näher anschaut Richtung 2015 zum ersten Mal eine umgekehrte Nachfrage am Markt ergeben wird und das sollten wir in unseren Überlegungen berücksichtigen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Bauer**: Zum Thema Wirtschaftsstandort muss ich mich ganz kurz zu Wort melden. Sie können sich sicher erinnern, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor, glaube ich, zwei Gemeinderatssitzungen habe ich einen dringlichen Antrag eingebracht, wo es um den Wirtschaftsstandort Graz gegangen ist. Sehr geehrter Herr Wirtschaftsstadtrat, vorgestern im Ministerrat wurde der entsprechende Entwurf zum Immissionsschutzgesetz Luft entsprechend abgeseget. Das heißt, dass der Wirtschaftsstandort Graz weiterhin mit demselben Problemen im Bereich der Ansiedelung zu kämpfen hat, bedauerlicherweise; auch, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wurde bislang noch keine Antwort auf diesen dringlichen Antrag an mich übermittelt. Des Weiteren, wo der Wirtschaftsstandort an den Hard-facts wirklich zu kämpfen hat, und ich zitiere jetzt den Herrn Mitterlehner, Herr Stadtrat Buchmann, er wird Ihnen sehr wohl bekannt sein, hat vor ganz kurzem, nämlich vor zwei Wochen bei einer Umweltrechtstagung in Linz gesagt, dass der Wirtschaftsstandort Graz kein Standort sein kann, da auch die Versorgungssicherheit insbesondere im Strombereich nicht gewährleistet ist. Ich frage mich jetzt wirklich, wie schaut es um den Wirtschaftsstandort hier aus, wenn wirklich die Hard-facts, die hier so weitergehen, zementiert werden und national diese Debatte stattfindet (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Buchmann**: Nur eine Berichtigung, Frau Gemeinderätin. Wenn meine Informationen stimmen, ich war allerdings bei dieser Tagung nicht dabei, dann hat der Herr Mitterlehner diesen Satz gesagt, allerdings als Halbsatz, der zweite Halbsatz lautet, „sofern die 380-Kv-Leitung nicht kommt“. Da wird die neue Landesregierung einiges zu tun haben (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Für die Post bin ich nicht zuständig, abgeschickt haben wir die Antwort, es müsste auf Ihrem Schreibtisch liegen oder unterwegs sind, der Herr Polz hat mir gerade gesagt, die Antwort ist unterwegs.

GRin. **Rücker:** Ich möchte jetzt kurz noch einmal eingehen auf das, was ich unter eine Beschäftigungsgesellschaft verstehe, weil anscheinend ist das nicht gut genug hinübergekommen. Eine Beschäftigungsgesellschaft, da sehe ich jetzt nicht wieder eine neue städtische Gesellschaft, wo ein Geschäftsführer sitzt und wartet auf Aufträge von der Stadt, eine Beschäftigungsgesellschaft hat den Sinn, im Bereich derer Zielgruppen, die eben nicht durch Qualifizierungsmaßnahmen erfasst werden können, die nicht am Lehrstellenmarkt unterkommen können, weil sie die Anforderungen nicht erfüllen aus welchen Gründen immer, für die die Maßnahmen die momentan gegeben sind, nicht greifen, ein Segment im dritten Arbeitsmarkt abzusichern, wo existenzsichernde oder zur Existenzsicherung beitragende Erwerbsbeschäftigung möglich ist und deswegen war die Idee, die Stadt da stärker mit hinein zukriegen, weil die Stadt auch Arbeitsbereiche hat und es gibt im Kleinen einen Versuch mit dem Verein Erfa, erste Schritte in diese Richtung zu setzen, aber eben nicht in diese strukturelle Verankerung, wie ich es mir wünsche. Dort einen dritten Arbeitsmarkt abzusichern, der es ermöglicht, jenen jungen Menschen, die durchfallen momentan durch die Maßnahmen, die es gibt und die gibt es, wie wir heute schon öfter gehört haben verstärkt in der Stadt, mit einem Einstieg in eine Existenzsicherung zumindest in einen Sozialversicherungsstatus und in eine Praxis, in eine berufliche Praxis um dann vielleicht als Rampe genutzt, in diese Situation kommen zu können, um die Maßnahmen, die es jetzt gibt, auch wirklich in Anspruch nehmen zu können und da ist die Stadt deswegen gefordert, weil sie nicht nur auch im Bereich Beschäftigungspolitik Möglichkeiten hätte, im Bereich der öffentlichen Aufgaben gibt es sehr wohl Bereiche, wo junge Menschen auch jetzt schon eingesetzt werden, sondern weil sie eben als regionaler Akteur auch eine Aufgabe hat Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die für die einzelnen Träger momentan nicht so leicht aufzustellen sind, nämlich zum Beispiel Know-how oder im Hintergrund für eine Marktbeobachtung zu sorgen oder einfach Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die in den Projekten auf Grund der Überlastung, aber auch auf Grund der dünnen Strukturen, die dort momentan sichergestellt werden können, einen Rahmen zur Entwicklung und zum Ausbau in eine konstruktiven und vor allem strukturell besser abgesicherten Bereich zu liefern. Also es geht mir wirklich um diese Zielgruppe, die ich auch genannt habe, die momentan eine Rampe benötigt und im Idealfall eben eine, wo auch ein Existenzaspekt drinnen abgedeckt wird und da ist die Stadt meiner Meinung nach sehr wohl gefordert. Und noch einmal zum Argument

des Herrn Stadtrat Buchmann, dass es diesen Muskel braucht. Ein Muskel wäre so eine Beschäftigungsgesellschaft, die eben, und das habe ich versucht schon öfters festzustellen, durchaus auch andere Mittel an Land ziehen kann, als aus dem städtischen Budget gespeist werden zu müssen und der Muskel heißt eben auch Know-how, Planung, strategisches Vorgehen, Steuerung in einem Bereich, wo sehr viel passiert, aber manchmal womöglich nicht gut genug koordiniert und vor allem nicht in einem Kontext, wo man sagt, die Stadt will die und die Schwerpunkte setzen. Dass der Antrag jetzt in dem Sinn nicht abgestimmt oder nicht positiv abgestimmt wird, tut mir persönlich sehr Leid, ich denke, es gibt einen Abänderungsantrag, der als Ergänzungsantrag für mich gut dazugepasst hätte, nämlich diese Kompetenz des Landes herzunehmen und dort auch stärker anzusetzen. Ich kann jetzt nur sagen, ich werde es das nächste Mal wieder probieren und vielleicht kann ich es da noch ein bisschen klarer machen, anscheinend war es nicht klar genug (*Applaus Grüne*).

***Der Abänderungsantrag von ÖVP und SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Zusatzantrag von GRin. Bergmann wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.***

## **5) Grünraumschutz im Bereich Heinrichstraße – Mozartgasse**

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! So wie es aussieht, wird es keine weiß Gott wie lange Debatte geben, weil die Mehrheit scheinbar zustande kommt. Der derzeit zur Auflage gebrachte Bebauungsplan für das Areal zwischen der Mozartgasse und dem Rosenberggürtel sorgt nicht zuletzt wegen der geplanten Bebauung des Gastgartens des Gasthauses „Klöcher Perle“ für vehemente Diskussionen. Neben dem Verlust des traditionsreichen und beliebten Gastgartens beziehungsweise der Reduktion des Gastgartens befürchten die BewohnerInnen des Bezirks einen massiven Verlust an öffentlich zugänglichem Grünraum, insbesondere deshalb, weil das westlich angrenzende Grundstück zwischen der Heinrichstraße und der ehemaligen Kinderchirurgie zur Gänze als Kern-, Büro-, Geschäftsgebiet mit einer Bebauungsdichte von 0,3 bis 2,5 ausgewiesen ist, also eine relativ hohe Dichte. Da dieses Areal auch nicht im vorliegenden Bebauungsplan erfasst ist, warum das so ist, weiß ich nicht und ich habe auch keine zufriedenstellende Antwort bekommen, vielleicht könnte der Herrmann, die Dagmar, die schon länger im Raumordnungsausschuss tätig sind, das erklären, ich weiß es nicht. Da dieses Areal auch nicht im vorliegenden Bebauungsplan erfasst ist, sind die Ängste vor einer Bebauung des parkartigen Grundstücks nicht leicht zu zerstreuen.

Aus diesem Grund stelle ich namens der Gemeinderatsfraktion der Grazer Grünen den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, mit dem Grundeigentümer beziehungsweise der Grundeigentümerin, für alle die es nicht wissen, das ist die Bundesimmobiliengesellschaft, in Verbindung zu treten, um zu prüfen, wie ein Schutz der Parklandschaft zwischen der Heinrichstraße und der ehemaligen Kinderchirurgie, sei es durch eine differenzierte Ausweisung als öffentliche Parkanlage oder durch die Verordnung einer Bebauungsplanpflicht, vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten, möglich ist und mögen dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung bis spätestens Ende des Jahres 2005 über die Ergebnisse dieser Prüfung und dieser Gespräche berichten beziehungsweise gegebenenfalls ein diesbezügliches Gemeinderatsstück vorlegen. Ich danke schon jetzt für die breite Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GRin. **Krampl** zur Dringlichkeit: Ja, ich kann es ganz kurz machen. Ich möchte mich beim Herrn Gemeinderat Candussi bedanken, das ist, glaube ich, eine Premiere, das habe ich, glaube ich, bis jetzt noch nie gemacht, jedenfalls bin ich dankbar, dass er den Antrag abgeändert hat, nämlich so insofern, dass wir auch aus unserer Fraktion mit diesem Antrag mitgehen können; Hermann, die Anliegen sind ähnlich, wir sind überhaupt nicht weit auseinander, uns ist es einfach gegangen um die Frage der Formulierung, wie man etwas bringt und wie man es macht und in dem Fall sage ich ja zur Dringlichkeit und ja zum Inhalt. Danke.

GR. Dr. **Spielberger**: *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)*. Stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

GR. **Lozinsek**: *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)*. Die FPÖ stimmt der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ebenso die KPÖ und dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Mag. **Candussi**: Bei so viel Einstimmigkeit sage ich einfach auch nur danke. Ich wollte nur erläutern, abgeändert in dem Sinn, dass er erklärt, im Prinzip, ich habe ihn nicht verändert in meinem Sinne, sondern klarer ausgedrückt, sodass die Absicht klarer wurde.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## 6) Europäische Dienstleistungsrichtlinie

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein etwas schwieriger Antrag, nehme ich einmal an. Die Konzentration ist ziemlich unten, wie ich gemerkt habe, es horchen kaum Leute zu, obwohl sehr wichtige dringliche Anträge eingebracht werden und erschreckend für mich ist natürlich auch, wie wertgeschätzt die Arbeit von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten von der Regierungsbank aus wird, es ist ja auch kaum jemand da. Sei es drum, es geht um die Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Sie wissen alle, dass alle Richtlinien, die in Brüssel beschlossen werden, enorme Auswirkungen haben auch und gerade auf die Kommunen. Am 26./27. 10 soll nun eine Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet werden, die unter anderem auch als Bolkestein-Richtlinie bezeichnet wird. Was hat diese Richtlinie zum Inhalt? Zum Inhalt hat diese Richtlinie die Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt.

Der Vorschlag dieser Richtlinie zielt darauf ab, dass Dienstleistungen den gesetzlichen Bestimmungen des Herkunftslandes, nämlich dem so genannten [Herkunftslandprinzip](#) unterliegen, also folgerichtig die Beseitigung staatlicher Vorschriften für Dienstleistungsunternehmen in dem Land, in dem die Dienstleistungen angeboten werden, nach sich zieht. Was bedeutet nun dieses Herkunftslandprinzip, das das Kernstück dieser Richtlinie darstellt und eigentliche dramatische Veränderungen unter anderem im Arbeitsrecht, im Konsumentenschutzrecht und Umweltrecht bewirken wird?

Im Arbeitsrecht würde das Herkunftslandprinzip eine Reihe von nationalen Vorschriften betreffen: das Arbeitsvertragsgesetz, die Arbeitszeitregelung mit Ausnahme der Festlegung der Höchstarbeitszeit und Mindestruhe, die Entgeltfortzahlung bei Krankheit, der Kündigungsschutz oder das Entlassungsrecht. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, was das konkret heißen könnte. Zum Beispiel



bei der Entgeltfortzahlung bei Krankheit: In Österreich gilt zumindest der Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber im Ausmaß von 10 Wochen abgestuft, sechs Wochen volle Entgeltfortzahlungen und vier Wochen halbe Entgeltfortzahlung. Nach dem Herkunftslandprinzip würde das wesentlich anders ausschauen. Zum Beispiel: Ein österreichischer Arbeitgeber gründet in Ungarn eine Tochtergesellschaft und kann die ArbeitnehmerInnen in Österreich bei dieser ungarischen Tochtergesellschaft einstellen. Für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt dann nicht mehr österreichisches Recht, sondern ungarisches Recht, das zum Beispiel gerade in der Entgeltfortzahlung nur 15 Tage und das im Ausmaß von 80 % vorsieht. Also nur an einem Beispiel möchte ich Ihnen transparent machen, was diese Bolkestein-Richtlinie bringt.

Oder: Beim Umweltrecht weist Österreich einen sehr hohen Standard auf, der von Dienstleistern aus anderen Mitgliedsstaaten nicht eingehalten werden muss, denn es genügen die jeweils niedrigeren Standards des Anbieterlandes. Abgesehen davon entsteht auch ein gehöriger Wettbewerbsnachteil für inländische Anbieter, denn die müssen sich an das österreichische Recht halten. Ebenso soll das Prinzip der Gemeinnützigkeit öffentlicher Daseinsvorsorge der Profitorientierung weichen.

Die Frage ist, was ist die Alternative zur dieser Dienstleistungsrichtlinie?

Im Wettlauf um jeden Preis gibt es viele Verlierer und nur eine Handvoll Gewinner, passt auch gut zu der Diskussion, die wir vorhin hatten über Wirtschaftsförderung und wer bringt Arbeitsplätze und in welcher Qualität gibt es diese Arbeitsplätze. Im Grund genommen ist das der falsche Weg in der europäischen Politik, dieser Weg ist abzulehnen. Was Europa braucht, ist erstens ein sozial gerechtes, homogenes Steuersystem und zweitens auch ein krisenfestes, einheitliches Sozialsystem mit hohem Standard (*Applaus Grüne*).

Weil das Herkunftslandprinzip zu einem Unterbietungswettlauf bei Arbeits-, Umwelt- und Konsumentenschutz führen wird, weil das Herkunftslandprinzip nationale Standards aushebelt, weil die öffentlichen Dienstleistungen noch weiter unter Druck gesetzt werden durch die Konkurrenz und weil zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe der Billigkonkurrenz mit dieser Dienstleistungsrichtlinie schutzlos ausgeliefert sein werden stelle ich namens der Grünen Gemeinderatsfraktion den

**dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat tritt mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung heran,

1. die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung mögen massiven Protest gegen die geplante Dienstleistungs-Richtlinie einlegen, und
2. die österreichischen VertreterInnen aller politischen Fraktionen im Europäischen Parlament mögen angehalten werden, die Dienstleistungs-Richtlinie abzulehnen.

GR. **Zenz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Sigi! Dein Antrag findet in unserer Fraktion sehr wohl diese Bedeutung, die er, glaube ich, auch hat. Meine Fraktion wird deinem Antrag sowohl in der Dringlichkeit wie auch im Inhalt selbstverständlich ihre Zustimmung geben, selbstverständlich für uns deshalb, weil auch wir in all unseren Gebietskörperschaften als SPÖ seit Jahren gegen diesen wirklich äußerst eigenartigen Antrag dieser Dienstleistungsrichtlinie Stellung beziehen. Würde diese Dienstleistungsrichtlinie, die Gott sei Dank jetzt in der Abstimmung am 4. Oktober geplatzt ist, die Abstimmung ist geplatzt, da muss ich dich leider korrigieren, die nächste Abstimmung in dem Ausschuss wird am 21. November stattfinden, im Plenum wahrscheinlich Mitte Jänner stattfinden, auch sehr interessant im Zusammenhang, dass ja Österreich den Ratsvorsitz ab Jänner führt. Was würde es bedeuten, es würde zu einem absoluten Dumping in Europa bei Löhnen, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Umweltrecht, also in all diesen Bereichen führen und ich habe gerade mit dem Kollegen Candussi hinten gescherzt, also eigentlich müssen wir uns alle Betriebe aussuchen, wo man die schlechtesten Sozialstandards hätte, da müsste man einen Stammsitz gründen und von dort aus alle Einrichtungen in Österreich, Deutschland, Frankreich, wo auch immer mit Dienstnehmern betreuen und wir bräuchten keinen Kollektivvertrag einhalten, wir bräuchten gar nichts. Also in dieser Hinsicht ist das massivst abzulehnen, sehr interessant für uns natürlich, wie sich Wirtschaftsminister Bartenstein in dieser Situation verhalten wird, wir kennen alle

seine Äußerungen, die ja eher in Richtung, nicht nur eher sondern ganz massiv um Unterstützung dieser Dienstleistungsrichtlinien führen, also unsere Unterstützung ist da angesagt. In dieser Hinsicht unterstützen wir deinen Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

**GR. Slamanig:** Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Binder! Die KPÖ-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit und den Inhalt dieses Antrages voll und ganz. Wir versuchen als Partei gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Gewerkschaftern seit vielen Jahren, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren für das Sozialsystem und für die Rechte der arbeitenden Menschen in unserem Lande drohen, wenn dieser Vorschlag Wirklichkeit werden sollte. Kollegin Binder hat es in ihrem Antrag ausgeführt. Es waren nicht zuletzt die Proteste gegen die Dienstleistungsrichtlinie, die im Frühjahr zu diesen erfreulichen Ergebnissen der EU-Volksabstimmungen in Frankreich und Niederlanden geführt haben. Gerade jetzt ist es notwendig, dass sich die betroffene Bevölkerung, Gemeinderäte, Gebietskörperschaften auch in Österreich mit ihren Protesten gegen das drohende Sozialdumping Gehör verschaffen. Die Behandlung der Richtlinien im Binnenmarktausschuss am 4. und 5. Oktober das scheiterte und musste auf 20. und 21. November 2005 vertagt werden. Die für Ende Oktober geplante Behandlung im EU-Parlament kann daher erst frühestens im Jänner 2006 stattfinden. Es ist daher dringlich, gerade jetzt als Gemeinderat unsere Stimme zu erheben. Dadurch eröffnet sich für den Widerstand gegen diese Richtlinien ein zusätzlicher zeitlicher Spielraum. ÖGB und Arbeiterkammern lehnen die Richtlinie vor allem wegen der verheerenden Auswirkungen des Herkunftslandprinzips in Richtung auf Lohn-, Sozial- und Umweltdumping ab. Auch andere Institutionen, wie etwa der oberösterreichische Landtag, in einem einstimmigen Beschluss haben sich gegen diese Richtlinie ausgesprochen. Auf einer von uns veranstalteten Podiumsdiskussion in Graz haben am 30. September 2005 die EU-Abgeordneten Leichtfried, Hans-Peter Martin und Sahra Wagenknecht ganz konkret aufgezeigt, welche Gefahren drohen. Ich möchte hinzufügen, dass wir diese Kritik ernst nehmen und die Werbesprüche vom Minister Bartenstein zurückweisen sollten, der allen Ernstes vor wenigen Wochen behauptet hat, dass die Unternehmer die rasche Dienstleistungsfreiheit brauchen. Wenn der

Grazer Gemeinderat heute klar und deutlich nein zur Dienstleistungsrichtlinie sagen sollte, wäre das ein Zeichen, dass wir das Ergebnis der Landtagswahl ernst nehmen. Die Mehrheit von SPÖ, KPÖ und den Grünen, um dieses Zeichen zu setzen, wäre vorhanden (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Ich muss da direkt bei der Wortmeldung des Kollegen Slamanig anknüpfen, der gemeint hat, man muss die Ergebnisse der Landtagswahl ernst nehmen, denn ganz so, dass man ohne eine starke ÖVP vorgehen könnte, ist es denn doch nicht und das hat auch die Landtagswahl gezeigt, dass die ÖVP zwar leider nicht mehr erste Fraktion ist im Landtag, aber denn doch die zweite und das auch mit einer gehörigen Stärke. Das ist mir nur wichtig, vorneweg zu sagen (*Applaus ÖVP*). Zweitens, es mag manchmal so sein, dass man in eine gleiche Richtung geht, wenn auch durchaus aus unterschiedlichen Gründen. Wir werden diesem Antrag von der Dringlichkeit und auch vom Inhalt her zustimmen, aber ich möchte in meiner Argumentation doch von einer etwas anderen Richtung ausgehen und das auch begründen, auch dazu sagen, dass ich mit dem tatsächlichen Antrag nicht nur pure Freude habe, weil ich denke, es ist eine Petition, ich denke in der Bundesregierung ist man sich der Problematik auch bewusst, aber wenn es ein Zeichen ist zu zeigen, dass der Grazer Gemeinderat wichtige europäische Themen ernst nimmt, dann soll es uns recht sein und das ist mit ein Grund, warum wir bei dieser Frage mitgehen. Was möchte ich von meiner Begründung her hinzufügen zu dem, was bisher gesagt wurde. Zuerst einmal, dass wir davon überzeugt sind, dass der europäische Binnenmarkt an sich eine Erfolgsstrategie für Europa ist, das möchte ich auch nicht in Frage gestellt wissen, wenn wir uns die aktuellen Verhandlungen etwa über die wettbewerbsverzerrenden Beihilfen in der Landwirtschaft anschauen, sehen wir sehr deutlich, dass wir in einem ganz eminenten Wettstreit der großen Märkte stehen, wo es schon sehr wichtig ist, dass wir uns bemühen, europäische Lösungen zu finden. Und insgesamt die nationalen Märkte zu öffnen und auch zu einer gewissen Freizügigkeit von Dienstleistungen zu kommen ist etwas, das wir als ÖVP keinesfalls ablehnen. Es ist aber ganz sicher so, dass die Tücke im Detail liegt und manche dieser Tücken, nämlich die Schwierigkeiten zum Beispiel Standards in anderen Ländern dann zu überprüfen

oder auch die Schwierigkeiten, dass es sehr wohl passieren kann, dass man herunterlizitiert wird bei Sozial- oder Umweltstandards, diese Problematik ist uns bewusst und da denken wir auch, dass man noch einmal genauer hinschauen muss. Wir haben bei einem anderen Thema heute schon die Debatte gehabt, wie Arbeitsplätze gesichert werden, ich werde nicht müde, dem, was unser Wirtschaftsstadtrat gerade gesagt hat, dass nämlich Wirtschaftspolitik die beste Beschäftigungspolitik ist, etwas hinzuzufügen, das auch unser Bürgermeister immer in aller Öffentlichkeit sagt, dass nämlich gerade wir als ÖVP auf allen Ebenen in Graz, in der Steiermark, in Österreich und darüber hinaus glauben, dass sehr wohl die Wirtschaftspolitik die Basis ist und eine gute Wirtschaft die Basis, ist. Allerdings haben es auch wir nicht, das wird uns immer gerne unterstellt, mit Neoliberalismus oder Turbokapitalismus, das sind nicht die Konzepte, die wir unterschreiben und unterstützen, sondern unser Konzept ist eben die Wirtschaft als Basis aber verbunden mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Kurz gesprochen, das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft (*Applaus ÖVP*), und wie gesagt als Konzept, das gerade einer Globalisierung als Gegenkonzept entgegengesetzt werden könnte und Josef Riegler, der als Steirer dieses Konzept immer wieder über unser Land hinausträgt, hat ja mit dem globalen Marshallplan vorgezeigt, dass das ein Konzept ist, das nicht nur in Europa trägt. Heißt noch einmal, wir werden, wenn auch aus anderen Gründen, mit diesem Antrag inhaltlich und in der Dringlichkeit mitgehen, weil wir gerne Verantwortung für europäische Themen mittragen und denken, dass es gut ist, wenn wir in dieser wichtigen Frage unsere Wachsamkeit dokumentieren (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Bgm.-Stv. **Ferk**: Die Frau Gemeinderätin wünscht das Schlusswort.

GRin. **Binder**: Der Herr Vizebürgermeister vergisst.

*Zwischenruf GRin. Krامل: Du hast deine Minuten heute schon ausgeschöpft.*

GRin. **Binder**: Ich freue mich sehr, dass dieser dringliche Antrag in Form einer Petition einstimmig angenommen wird, wenngleich auch die Frau Kollegin Fluch deutlich gemacht hat, dass es hier in den Motiven Unterschiede gibt. Ich möchte nur eines hinzufügen, der Binnenmarkt ist nur dann, Frau Kollegin Fluch, eine Erfolgsstrategie, wenn der Binnenmarkt nicht mehr nach dem Prinzip des freien ungezügeltten Wettbewerbs laufen wird und das ist das Prinzip, das die Arbeitsplätze wegrationalisiert und das ist das Prinzip, wo die Betriebe in so genannte Billigländer sich ausgliedern und dort die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausbeuten, nur dann ist es wirklich eine Erfolgsstrategie.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **7) Elektrosmog und Handymasten**

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, da geht es um die Gesundheit unserer Kinder und Sie werden in den letzten Wochen ja immer wieder auch in den Zeitungen gelesen haben, welche Auswirkungen der exzessive Gebrauch, die exzessive Verwendung von Mobiltelefonen auf die Gesundheit hat. Die weite Verbreitung von Technologien zur mobilen Kommunikation bringt unbestrittene Vorteile. Sie bringt aber auch eine Reihe von Nachteilen, die in Anbetracht der Tragweite für die Gesundheit des Einzelnen und der Gesellschaft noch viel zu wenig beachtet werden. Darauf hat die Österreichische Ärztekammer hingewiesen. Die

bisher vorliegenden wissenschaftlichen Daten und Beobachtungen zahlreicher medizinischer Experten zeigten ein deutliches Bild, heißt es in einer Aussendung, mit der die Österreichische Ärztekammer die von der Wiener Ärztekammer vor kurzem ausgesprochene Empfehlung zu mehr Sorgfalt im Umgang mit mobilen Kommunikationsmitteln bekräftigt.

Danach zeigen sich für das Handy auf allen naturwissenschaftlichen Nachweisebenen – und zwar erstmals auch in breit angelegten epidemiologischen Untersuchungen am Menschen und nicht nur in Zell- und Tierversuchen - Schädigungen der Erbsubstanz beziehungsweise ein erhöhtes Risiko für gewisse Tumore. Die jüngsten beiden soeben in der Fachzeitschrift „Environmental Research“ und der Fachzeitschrift „Neuroepidemiology“ publizierten Untersuchungen aus Schweden ergänzen das vorliegende Bild. Sie zeigen wie schon zwei vorhergehende Studien ein erhöhtes Risiko für Tumore des Hörnervs sowie erstmals auch für bösartige Gehirntumore wie etwa Astrozytome nach langjähriger Verwendung von analogen und digitalen Handys sowie von Schnurlostelefonen.

Zwar ist die wissenschaftliche Datenlage bei Handymasten weniger dicht, jedoch zeigten die bisher vorliegenden Ergebnisse erster epidemiologischer Untersuchungen sowie unzählige Fallberichte ärztlicher Kolleginnen und Kollegen zum Teil deutliche Auswirkungen auf Wohlbefinden und Gesundheit. In diesen Untersuchungen zeigten sich bei AnwohnerInnen von Handymasten unter anderem vermehrt Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, Energielosigkeit und Depressionen. Diese Symptome nahmen in den letzten Jahren zu und stellen ein ernstes volksgesundheitliches Problem dar.

Wichtiger als die Diskussion über die Auswirkungen von Handymasten ist die Frage eines effektiven vorbeugenden Gesundheitsschutzes bei Handymasten und anderen Dauersendern.

Es geht wie bei vielen Umwelt- und Lebensstilfaktoren auch bei elektromagnetischen Feldern und Strahlen um die Dosis und die kumuliert im Laufe der Jahre, wie die vorliegenden Studien uns zeigen. Kinder sollten Funktelefone deshalb grundsätzlich nicht verwenden.

Aus diesem Grund stelle ich namens der Grazer Grünen folgenden

**dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen ehebaldigst auf dem elektronischen Postweg an alle Grazer Pflichtschulen und Kindergärten mit einer umfassenden schriftlichen Information über die Auswirkungen der Nutzung von Mobiltelefonen und von Handymasten herantreten
2. die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen an alle Pflichtschulen und Kindergärten mit der Bitte herantreten, auch die Eltern und Kinder umfassend zu informieren und dazu zu bewegen, auf die Mobiltelefone zumindest während der Öffnungszeiten der Schulen und Kindergärten zu verzichten
3. sollte dieser Appell an die Vernunft keinen Erfolg haben, werden die Bezirksschulinspektoren ersucht, in Kooperation mit den Grazer Pflichtschulen Regeln über die Vermeidung der Benutzung von Handys zu erarbeiten.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zur Dringlichkeit: Im Namen der ÖVP und der SPÖ darf ich betonen, dass beiden Fraktionen diese Initiative sehr wichtig ist, dass sie zu begrüßen ist, dass wir inhaltlich weitestgehend übereinstimmen. Lediglich die Dringlichkeit können wir nicht zuerkennen und ich möchte das ganz kurz begründen. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres bereits versucht, entsprechende Informationen in erster Linie an die Pflichtschulen auszuhändigen. Glücklicherweise, nämlich im Sinne von nicht doppelt gemoppelt, hat das Kinderbüro uns zeitgerecht einen nicht nur schönen, sondern auch inhaltlich sehr gut aufbereiteten Folder zur Verfügung gestellt, der den Intentionen und den Anliegen dieses Antrages vollinhaltlich entspricht. Wir haben das dann selbstverständlich zum Anlass genommen, um alle Grazer Pflichtschulen, und nicht nur die Schulen, sondern alle Schulkassen in den Grazer Pflichtschulen davon in Kenntnis zu setzen, ihnen derartige Unterlagen zur Verfügung zu stellen, mit der Bitte natürlich, dass die jeweiligen Klasselehrern auch



in geeigneter Form die Kinder darüber informieren. Wie mir meine Kollegin Frau Tatjana Kaltenbeck-Michl heute berichtet hat, ist selbiges auch bei den Kindergärten passiert oder ist im Passieren. Inwieweit die Nutzung in Schulen und Kindergärten geregelt ist, kann man nur auf die jeweiligen Haus- und Schulordnungen hinweisen, mir ist jedenfalls keine einzige Schulordnung bekannt, wo die Schulpartner das Verwenden und Benützen von Handys im Unterricht oder darüber hinaus gestatten. Auch die Lehrerinnen und Lehrer wurden aus gegebenem Anlass mit einem Erlass des Bezirksschulrates dahingehend informiert. Dort heißt es, der Bezirksschulrat Graz weist ausdrücklich darauf hin, dass LehrerInnen das Telefonieren während des Unterrichts und der Aufsichtsführung nicht gestattet ist, die Handys sind während des Unterrichts auszuschalten. Die ungeteilte Aufmerksamkeit der LehrerInnen während der Ausübung ihres Dienstes hat ausschließlich den SchülerInnen zu gelten und das gilt auch für alle Betroffenen. Bei Kindergärten, sagt mir die Frau Kollegin, ist es ein wenig anders, da telefoniert zwar niemand, weil es ihm langweilig ist oder dergleichen, aber da muss die Erreichbarkeit auf Grund des Alters der Kinder ein bisschen anders gestaltet sein, beziehungsweise muss in dem einen oder anderen Fall natürlich die Kindergartenpädagogin auch die Erziehungsberechtigten erreichen können. Ich denke, in diesem Sinne sind die Inhalte dieses dringlichen Antrages weitestgehend umgesetzt, selbstverständlich werden wir aber diesen Antrag nochmals zum Anlass nehmen, um im elektronischen Wege kurzfristig alle Schulen, und die Frau Kollegin alle Kindergärten, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, diese Informations- und Aufklärungsarbeit zu intensivieren (*Applaus ÖVP*).

GR. **Lozinsek:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Die freiheitliche Partei stimmt sowohl der Dringlichkeit wie auch dem Inhalt des Antrages zu.

GRin. **Binder:** Nachdem ich davon ausgehe, dass die Dringlichkeit nicht angenommen wird, wundere ich mich schon über die Aussage, oder ich habe mich verhört, dass die ÖVP und die SPÖ der Dringlichkeit nicht zustimmt, stimmt das, habe ich das gehört? Da wundere ich mich, Herr Kollege Hammer, Sie legen sonst

immer so großen Wert auf Gesundheit, sind sehr aktiv und Sie wissen und kennen wahrscheinlich Aussendungen wesentlich besser als ich und trotzdem konnten Sie ihre Fraktion nicht davon überzeugen, hier die Dringlichkeit auch wirklich anzuerkennen. Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg...

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Zuhören!***

GRin. **Binder**: Ich bin es gewohnt, dass in dieser Fraktion oder von einigen dieser Fraktion immer wieder Beschimpfungen ausgehen, ich bin das nahezu schon gewohnt. Aber dafür haben Sie auch einen Denkkzettel bekommen und ich hoffe, Sie werden ihn auch ernst nehmen. Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, ich habe auch andere Informationen, wie das mit dem Benützen der Handys in Schulen ist. Ich habe nicht die Kolleginnen und Kollegen gemeint, also wenn Sie mir erzählen, dass der Bezirksschulrat eine Weisung herausgegeben haben, dass die KollegInnen während des Unterrichts nicht telefonieren dürfen, dann muss ich mich sowieso wundern, dass man das überhaupt herausgibt oder herausgeben muss, weil Unterricht ist Unterricht und nicht Telefonieren. Ich habe die Benützung der Handys bei den Kindern gemeint und das gilt nicht während des Unterrichts, sondern sehr wohl auch in den Pausen, also darauf ziele ich ab. Mir wäre es sowieso am liebsten, wenn die Kinder überhaupt kein Handy mehr mitnehmen in die Schule. Im Privatbereich kann ich das eh nicht beeinflussen. Also wie immer jetzt auch die ÖVP und die SPÖ sich abgesprochen haben, logisch scheint es mir nicht, aber bitte.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

## 8) Subventionsordnung der Stadt Graz

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: In meinem Antrag geht es jetzt um ein völlig anderes Thema und ich hoffe, dass die Aufmerksamkeit jetzt wieder ein bisschen steigt, weil ich finde es einfach ziemlich traurig, wenn da so viel getratschelt wird und nicht auf das gehört wird, was hier vom RednerInnenpult ausgesprochen wird, das finde ich eigentlich nicht sehr super, muss ich jetzt einmal hier anmerken. In meinem Antrag geht es um die Subventionsordnung und über die Verteilung der Subventionen der Stadt Graz. Wenn man sich den Subventionsbericht genauer durchschaut, stellen sich dann einige Fragen, wenn man sich das wirklich Position für Position durchschaut. Der eine Punkt ist einmal, dass man anhand der vergebenen Subventionen nicht wirklich so etwas wie eine Schwerpunktsetzung erkennen kann. Was, denke ich mir, angesichts schmälere Stadtbudgets dringend geboten wäre, dass man sagt, dort und dort ist Schwerpunkt und da und da hin subventionieren wir auch. Wir haben zu dem Thema bereits im Herbst 2003 einen dringlichen Antrag gestellt, das war damals die Lisa Rücker, der ist leider abgelehnt worden unter der Begründung, die im Antrag gestellten Fragen und Anregungen im Zuge dieses Diskussionsprozesses können eben im Zuge einer Novellierung eingebracht werden und sollen dort weiter diskutiert werden. Bislang haben wir aber leider noch keine novellierte Subventionsordnung vorliegen, was schon ein wenig bedenklich stimmt, weil das Ganze ist jetzt zwei Jahre her. Was mir vor allem aufgefallen ist und was ich eigentlich ziemlich entsetzlich finde, dass so etwas von der Stadt Graz immer noch gemacht wird, wir sehen, die Stadt subventioniert noch immer sehr, sehr dubiose und zweifelhafte Vereine und Institutionen. Hier gibt es zum Beispiel eine Förderung aus dem Bürgermeisteramt von 1.500 Euro an den alpenländischen Kulturverband Südmark, das ist kein netter Volkskulturverein, wie man sich das so vorstellt, das ist eine Gruppe, die auch vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands als deutsch-national bezeichnet wird und die sehr, sehr enge Kontakte im Vorfeld der rechtsextremistischen Szene hat. Es werden dort immer wieder Vorträge auch von diesem Verein organisiert, wo solche Leute, die der Walter Marinovic und andere, Vorträge halten, sind Leute, die zum Beispiel bei der Aula schreiben oder bei Lot und Waage. Das eindeutig Magazine sind, die im rechten Bereich tümpeln und die auch

als solche schon immer wieder Probleme mit dem Wiederbetätigungsgesetz, mit dem Verbotsgesetz auch bekommen haben. Interessant sind auch die Kontakte, die diese Gruppe zum Österreichischen Soldatenverband, zur Kameradschaft IV hat und ich denke, wir wissen ohnehin, was das zu bedeuten hat. Also ich glaube, über die Kameradschaft IV brauche ich hier herinnen eh nichts mehr sagen. Es wird aber von der Stadt Graz beispielsweise auch die ARGE Grazer Burschenschaften gefördert, im letzten Jahr mit 1000,- Euro vom Kulturamt, was ich sehr, sehr spannend finde, weil ich mich frage, wieso so etwas zustande kommen kann. Zu den Grazer Burschenschaften gehört eine weitere Burschenschaft, die Burschenschaft Arminia, die auch gefördert worden ist und dazu muss ich natürlich schon sagen, das sind wirklich keine Kleinigkeiten mehr; die Burschenschaft Arminia hat in ihrem Vereinslokal eine Gedenktafel für Ernst Kaltenbrunner. Der Ernst Kaltenbrunner war ab 1943 der Nachfolger von Heidrich als Leiter im NS-Reichssicherheitshauptamt und war ab dem Zeitpunkt für die Deportation von tausenden von Jüdinnen und Juden zuständig und dementsprechend ist er natürlich auch im Zuge der Nürnberger Prozesse zur Verantwortung gezogen worden, Gott sei Dank, und dort zum Tode verurteilt worden. Ich denke mir, diese Beispiele sollten eigentlich genügen, um hier ein klares Zeichen im Sinne der Menschenrechte zu setzen und sollten der Stadt Graz mehr oder minder als Auftrag dienen, solchen Vereinen keine weiteren Förderungen mehr zukommen zu lassen. Ich sage das auch deswegen, weil sich die Stadt Graz ja einhellig auch zur Menschenrechtsstadt deklariert hat und es aus meiner Sicht schon einen großen Widerspruch darstellt, wenn man derartige Vereine unterstützt, die ganz klar rassistische, antisemitische, ausländerInnenfeindliche Propaganda betreiben und auch dementsprechende Leute unterstützen. Und ich denke mir, es sind vielleicht keine großen Summen, die hier vergeben werden im Gesamtbild eines städtischen Budgets, trotzdem sage ich einmal, das sind sehr leicht erreichbare sinnvolle Einsparungspotentiale und die sollten wir auch nutzen. Von dem her möchte ich eben einen dringlichen Antrag stellen, ich weiß, bevor ich meinen Antragstext vorlese, es gibt einen Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP, der im Prinzip dasselbe aussagt und meint, was auch wir in unserem Text meinen und der findet natürlich auch unsere Zustimmung dementsprechend. Aber ich denke mir, der Kollege von der ÖVP wird das ohnehin noch vortragen, wie gesagt unser

**dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen,

der § 2 Subventionsordnung der Stadt Graz wird dahingehend überarbeitet, dass hinkünftig auch die Inhalte der Menschenrechtserklärung der Stadt Graz als verpflichtendes Kriterium für die Förderungswürdigkeit sämtlicher SubventionswerberInnen gelten müssen (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Hoher Gemeinderat, wir haben den Antrag vorgetragen gehört von der Antragstellerin und es hat auch Vorgespräche gegeben, wie sie auch richtig erwähnt hat, mit der Antragstellerin beziehungsweise mit dem Klub der Antragstellerin und auch haben wir mit der Magistratsdirektion gesprochen. Ich möchte an dieser Stelle schon auch kundtun, was uns jetzt schon mehrere Stunden beschäftigt. Natürlich die Sorge um eine gute Entwicklung in dieser Stadt, dafür sind wir gewählt worden. Aber es ist auch sorgsam umzugehen, insbesondere auch mit der Arbeitskraft der Magistratsbediensteten und jeder dieser Anträge, der hier gestellt wird, hat ein umfangreiches Verwaltungshandeln zur Folge. Wir haben einen Bereich, soweit es die Wirtschaft betrifft, dass man die Spielregeln nicht ändern kann während eines Verfahrens, aber selbstverständlich auf die Anliegen der Bürger Rücksicht zu nehmen hat, steht außer Streit, aber wir haben uns auch zu diesem Antrag, dessen zentraler Inhalt von jedem unterschrieben werden muss, denn die Grund- und Freiheitsrechte sind ein Fundament unseres Rechtsstaates, und das wurde noch nicht so ausgeführt, aber das liegt dem zugrunde. Im Februar 2001 hat sich der Grazer Gemeinderat, ich gehe davon aus, einstimmig, bereit erklärt, die so genannte Menschenrechtserklärung zu beschließen, wo insbesondere nicht nur die politische Ebene, sondern bis zu den Bürgern, die wir dort sozusagen mitgenommen haben, sich verpflichten, die Normen der geltenden Menschenrechte zu beachten und täglich anzuwenden. Also dieser Imperativ ist schon Beschlusslage und hat bei jeder Entscheidung beachtet zu werden. Daher ist hier anzuführen, dass insbesondere nicht nur das Staatsgrundgesetz, das österreichische, unser geltender Grundrechtskatalog, auch die Europäische Menschenrechtskonvention mit den

Zusatzprotokollen schon von vornherein geltendes Recht ist, wir aber auch, was zum Beispiel nicht unbedingt bindend ist, das ist die UNO-Menschenrechtskonvention, das ist kein Verfassungsrecht, aber das ist sicher Standard, was Menschenrechte weltweit betrifft, dazu bekennen wir uns. Und unser Abänderungsantrag, der Herr Vizebürgermeister hat mich aufgefordert, den jetzt aus Zeitökonomie gleich zu verlesen, lautet: Bei der Vergabe von Förderungen und Subventionen sind die Bestimmungen der Menschenrechtserklärung der Stadt Graz – so wie dies hinsichtlich der verfassungsmäßig zu beachtenden Grund- und Freiheitsrechte ohnedies bereits der Fall ist – verpflichtend anzuwesenden. Dazu bekennen wir uns und dazu bekennt sich die Fraktion der Volkspartei, die Fraktion der sozialdemokratischen Partei und, wie die Antragstellerin gesagt hat, auch der antragstellende Klub selbst. In diesem Sinne wiederhole ich das Motiv für diese Abänderung, dass nicht Paragraph für Paragraph der Subventionsordnung jetzt mühsam bearbeitet, überarbeitet werden muss, das Ergebnis ist außerdem fraglich, es wird nicht mehr herauskommen können, als dass wir bei allen Entscheidungen diese Grund- und Freiheitsrechte anzuwenden haben, nichts anderes ist auch der Wortlaut des Abänderungsantrages. Ich ersuche daher namens der Fraktion der Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen. Danke.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die KPÖ stimmt sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu. Wir haben eine antifaschistische Grundhaltung, das ist einer der wichtigsten Punkte auch in unserer Partei und es ist für uns immer auch ein wichtiger Akt, auch aktiv in der aktuellen Situation auch immer wieder einzugreifen, Schritte zu setzen und das auch deutlich zu machen und deshalb hat es auch Kontinuität, dass wir zum Beispiel immer wieder gefordert haben, Straßen und Plätze umzubenennen nach Widerstandskämpfern und Kämpferinnen, das hat Tradition und ich möchte in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass am 21. Oktober im Schauspielhaus die Carl-Drews-Gedenktafel auch enthüllt wird, eine Forderung, die wir schon seit langer Zeit erhoben haben und die auch sehr lange gedauert hat, bis es zu einer Umsetzung kommt. Carl Drews war Schauspieler, Kommunist, Widerstandskämpfer

und er hat eine Symbolwirkung auch für uns, deshalb ist für uns ein Antrag, der diese Inhalte auch verstärkt im Zusammenhang mit der Subventionsordnung ein ganz, ganz wichtiger Punkt, dem wir natürlich gerne zustimmen, und die Subventionsordnung ist eine Möglichkeit, da ganz klare Zeichen zu setzen und als Menschenrechtsstadt Graz liegt es an uns als Stadt, also über Formen der Gedenktafeln, stilles Gedenken, bis hin aber auch zu aktivem politischen Eingreifen zu symbolisieren, dass unser Grundhaltung dementsprechend auch gegeben ist und dass wir als Menschenrechtsstadt da aktiv Handlungen setzen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Lozinsek:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Die FPÖ wird dem Antrag, weder die Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen, auch dem Abänderungsantrag der ÖVP können wir nichts abgewinnen und zwar deshalb, nicht weil er undifferenziert ist und die Grundlage der Behauptungen, die sich dort finden, nämlich Behauptungen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes bekanntlicherweise nicht immer ordentlich fundiert und auch beweisbar sind...

Bgm-Stv. **Ferk:** Also, normalerweise Herr Gemeinderat, das ist natürlich nur eine subjektive Meinung, aber in Ordnung.

GRin. **Jahn:** Ich habe mir ja so etwas Ähnliches schon erwartet. Zuerst bedanke ich mich bei allen denjenigen, die hier die Zustimmung signalisiert haben. Wie gesagt, der Abänderungsantrag ist für uns völlig in Ordnung. Es war auch nicht die Intention, BeamtInnen unnötigerweise zu beschäftigen, es geht ganz einfach darum, dass man den Aspekt der Menschenrechte auch bei der Subventionsvergabe hinkünftig wirklich beachtet und ich sehe nicht ein, wieso solche Vereine von uns ein Geld bekommen sollen, vor allem dann nicht, wenn ohnehin schon genug gekürzt werden muss, auch bei Vereinen, die es tatsächlich wirklich brauchen könnten und die ideologisch

einwandfrei unterwegs sind, also das einmal zu dem einen Punkt. Von dem her, wie gesagt, denke ich mir dieser Arbeitsaufwand der muss es uns wert sein und wie gesagt das zu diesem. Zur FPÖ kann ich nur sagen, es wundert mich nicht wirklich, es wird von der FPÖ auf verschiedenen Ebenen immer wieder kritisiert und es gibt immer wieder Diffaminierungsversuche. Es ist dementsprechend natürlich für sie auch schwierig, weil die Subvention für die Burschenschaft Arminia, die eigentlich die Schlimmsten sind, die kommt ja von der FPÖ, so gesehen, ist es natürlich für sie wahrscheinlich schwierig, da dem Antrag zuzustimmen, das zum einen; zum anderen; ja der Kärntner alpenländische Kulturverband Südmark, dazu muss ich sagen wundert mich auch nicht, weil der Gerhard Kurzmann, der Parteichef der Grazer FPÖ, war ja dort längste Zeit im Präsidium und hat auch in den Zeitungen des Vereines, also der Südmark, dort immer wieder Artikel geschrieben. Unter anderem war er damals in dem Redaktionsteam dabei, wo diese berühmten Aussagen zu Auschwitz, die dann zur so genannten Auschwitzlüge basiert sind, von dem her, es wundert mich nicht wirklich, muss ich sagen. Ich habe ja eine ganze Liste von Zitaten, auch vom Herrn Kurzmann, die er ja in den Zeitschriften Aula und auch Lot und Waage getätigt hat, für alle diejenigen..., es ist überprüfbar, die Zeitungen gibt es aufliegend, die kann man sich auch sicher gerne beim Verein Südmark durchblättern und ich glaube, das sollte die Sache auch für die FPÖ klarstellen.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **9) Gemeindegewaltsausschuss**

GR. **Lozinsek** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:



GR. **Lozinsek:** Meine sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen dringlichen Antrag stellen bezugnehmend auf jüngste Ereignisse, die auch oder die immer wieder Grundlage von Berichterstattungen in den Medien sind und möchte einen Gemeindegemeinschaftsausschuss anregen. Das Titelblatt einer Grazer Wochenzeitung titelte unlängst: „Bürgermeister-Gattin stellt dreiste Dealer! Dank Andrea Nagl, Frau von Bürgermeister Sigi, platzte im Grazer Stadtpark ein Drogen-Deal! Die bald 4-fache Mutter griff ein und holte die Polizei!“ (Zitat Ende)

Die Frau unseres Bürgermeisters beweist damit zweifelsohne Zivilcourage, es scheint ihr im Gegensatz zu einigen politischen Verantwortlichen in unserer Stadt eben nicht gleichgültig zu sein, wie es um die Sicherheit in Graz bestellt ist.

Nun kann ich nicht beurteilen, inwieweit die Geschichte im Grazer Wochenblatt auch den Tatsachen entspricht, ist es doch kaum vorstellbar, dass der ebenfalls anwesende Herr Bürgermeister mit stolzgeschwellter Brust dabei zusah, wie sich seine schwangere Frau in Gefahr begab. Nichtsdestotrotz lässt dieser Vorfall zwei Schlüsse zu:

Zum einen, es ist mit der Sicherheit in unserer Stadt nicht gerade zum Besten bestellt, jene die darauf hinweisen, betreiben daher keine Panikmache, sondern stellen lediglich Tatsachen fest. Zum anderen zeigt es einmal mehr, dass Zivilcourage durchaus ein wirksames Mittel gegen Kriminalität sein kann und daher auch gefördert werden muss. Der Grundsatz gilt: „Die innere Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch auf die Mitwirkung und das Engagement der Bürger angewiesen ist!“

Die Debatten im Grazer Gemeinderat zum Thema Sicherheit der letzten Jahre zeigen, dass mit dieser Thematik sehr stark ideologisiert und emotional umgegangen wurde und wird, sachlich nüchterne Betrachtungen spielen kaum oder nur sehr untergeordnet eine Rolle. Der auf Initiative des Grazer Gemeinderates vom Bürgermeister eingerichtete Sicherheitsarbeitskreis sollte da Abhilfe schaffen, mehr als ein durchaus interessanter und längst überfälliger Informationsaustausch zwischen Exekutive und Verwaltung der Stadt Graz kam dabei jedoch nicht heraus.

Wie über alle Parteigrenzen hinweg sachlich an ein sehr emotionales Thema herangegangen werden kann, zeigt die Arbeit des Gemeindeumweltausschusses der letzten zwei Jahre. Auf Grundlage von Fakten und unter Einbeziehung von internen und externen Experten wird versucht, mit unzähligen Maßnahmen die Umweltsituation in Graz zu verbessern. Dass der Gemeindeumweltausschuss, und ich stehe nicht an, das auch hier zu erwähnen, aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist, ist zugegebenermaßen auch ein Verdienst seines Vorsitzenden Getzinger und der zuständigen Magistratsabteilung.

Will man nun ernstlich die Sicherheitsdefizite unserer Stadt aufzeigen und bekämpfen, wäre analog zum Gemeindeumweltausschuss eine ähnliche Einrichtung zum Thema öffentliche Sicherheit in Graz sinnvoll. Parallel zum parteipolitischen Tagesgeschäft wäre gewährleistet, dass dieses Thema, Thema Sicherheit, sachlich behandelt und fachlich begleitet werden würde. Notwendige Mehrheiten für sinnvolle Beschlüsse könnten schneller gefunden werden, der Informationsstand aller Fraktionen wäre annähernd gleich.

Da der Gemeindeumweltausschuss eine landesgesetzliche Einrichtung nach § 10 des Gesetzes vom 21. Juni 1988 über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt ist, würde es eben auch einer entsprechenden rechtlichen Regelung zur Installierung eines Gemeindegewaltsausschusses, etwa im Landessicherheitsgesetz, auf Landesebene bedürfen. Was zum Schutze der Umwelt für notwendig erachtet wurde, sollte zur Hebung der Sicherheit in den steirischen Gemeinden nur recht und billig sein.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklub stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz wendet sich im Petitionswege an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen, einen „Gemeindegewaltsausschuss“ per Gesetz einzurichten.

***Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Lozinsek hat meinen Kollegen, den Herrn Dipl.-Ing. Getzinger, gelobt. Ich darf ihm vorweg einmal gratulieren, insofern, erstens zur Einleitung seines Antrages, das war ja recht amüsan und recht charmant, wie unser Klubobmann manchmal zu sagen pflegt. Ich darf ihm auch gratulieren zum Befund, dass wir hier ein gewisses Sicherheitsdefizit in Graz haben, das ist unbestritten und gerade, glaube ich, auch unsere und meine Fraktion bekennt sich zu sinnvollen Maßnahmen, was die Erhöhung, die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen betrifft und auch, dass man der Bevölkerung Maßnahmen gibt und setzt, die wirklich dazu beitragen, dass sie das Gefühl haben, es geht ihnen gut, sie fühlen sich sicher und sie fühlen sich wohl. Darf aber auch dem Kollegen Lozinsek recht herzlich gratulieren, wir sind ja von seiner Fraktion etwas andere Anträge im Zusammenhang mit der Frage der Erhöhung von Sicherheit und dergleichen gewohnt; jetzt einen Ausschuss zu fordern, einen neuen, halte ich zumindest für einen Qualitätssprung, wenn man das so sagen darf, ohne jetzt auf den Inhalt des Antrages diesbezüglich einzugehen. Wie gesagt, auch die SPÖ bekennt sich zu sinnvollen Maßnahmen, nicht zu Alibimaßnahmen, ich will jetzt gar nicht einsteigen auf diese Problematik und auf diese Maßnahme jetzt am Jakominiplatz mit dieser minütlichen Überwachung dieses Jakominiplatzes, wenn man das so bezeichnen darf. Es geht uns um eine entsprechende personelle Ausstattung der Polizei, ich glaube, das ist der springende Punkt und das ist der Punkt schlechthin. Wir können diskutieren über Ausschüsse und, und, und, sondern wir brauchen einfach mehr Polizei, wir brauchen mehr Sicherheitsstreifendienste auf der Straße, wir brauchen mehr Präsenz, das ist der springende Punkt und aus diesem Grund und zu diesen Forderungen werden wir uns bekennen und auch gemeinsam mit allen, die an diesem Strang ziehen, gemeinsam aktiv werden. Nur wo uns keine Fraktion hat ist einfach bei der Gründung von neuen Ausschüssen, die da oder dort möglicherweise nur der Bevölkerung vorgaukeln soll, wir tun etwas für eure Sicherheit, die letztendlich aber hier keine Möglichkeiten haben, wirklich in der Sache etwas weiterzubringen und darf in diesem Zusammenhang und auch als Begründung, warum wir gegen die Dringlichkeit hier stimmen werden, den bereits

installierten Sicherheitsarbeitskreis auch nennen, wo diese Fragen, diese Koordination von gewissen Maßnahmen, die da oder dort zu einer Verbesserung unter Umständen vom System führen, einfach erwähnen und darf auch in dem Zusammenhang vor allem noch einmal darauf hinweisen, dass ja speziell auch ein von allen Fraktionen in diesem Haus getragener dringlicher Antrag, der die Zustimmung gefunden hat in Richtung Ordnungsamt hier unter Umständen auch einen wesentlichen Beitrag diesbezüglich leisten kann. Das heißt, wir haben Instrumentarien in diesem Sinn, ich gebe zu und ich glaube, viele in diesem Hause, dass hier Handlungsbedarf besteht auf vielen Ebenen, aber vor allem, wie gesagt, was die personellen Ressourcen deshalb seitens der SPÖ ein Nein zur Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Ja, ich sitze für die Grünen derzeit im Arbeitskreissicherheit drinnen und ich halte den prinzipiell für durchaus nicht unangenehm als Diskussionsforum zu verschiedenen Themen, wo man sich eben schwerpunktmäßig zu dem einen oder anderen Bereich austauscht, wo auch, Gott sei Dank, immer verschiedene Ebenen eingebunden sind, also sowohl Exekutive als auch vom Magistrat verschiedene Institutionen, Vereine etc. und ich finde, das ist ein ausreichendes Instrument, über das Thema Sicherheit in der Stadt Graz zu diskutieren. Also ich denke mir, es kommen aus dem Arbeitskreis Anregungen für etwaigen Handlungsbedarf für konkrete Schritte, Umsetzungen etc. und aus meiner Sicht, also aus unserer Sicht, aus Grüner Sicht ist das ein ausreichendes Instrument und von dem her lehnen wir die Dringlichkeit und auch den Antrag ab.

GRin. **Kahr**: Meine Damen und Herren! Ich kann mich nur der Vorrednerin und dem Vorredner anschließen, wir sehen die Sache ähnlich. Ich denke, dass der derzeitige Sicherheitsarbeitskreis für jene Fragen, die für die Stadt Graz hier von Bedeutung sind, ausreicht. Wenn der Wunsch danach ist von den einzelnen Gemeinderäten und Gemeinderätinnen, dass man sich öfter treffen soll oder wenn es auch akute Probleme gibt, dann sollte man auch danach handeln und vielleicht öfter

zusammenkommen, aber ansonsten, denke ich, reicht das vorerst und deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab und stimmen dem Antrag auch nicht zu. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.57 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Es hat meine Frau schon nicht unbedingt gefreut, dass sie auf einer Titelseite mit dieser Geschichte drauf war, es wird sie wahrscheinlich noch weniger freuen, dass sie jetzt da auch urkundlich im Gemeinderat als Mutter Courage zitiert worden ist, aber ich möchte dazu sagen, damit wir das auch so wieder hinrücken, wie es tatsächlich war. Ich bin mit meiner Frau durch den Stadtpark gegangen, das tue ich öfters, und es war Abend, aber es war noch nicht finster und wir haben einfach zuschauen können, wie zwei junge Burschen aus Graz, leider Gottes, auf zwei Drogendealer zugegangen sind und die haben dort ungeniert ihre Verkaufsgeschäfte abgewickelt. Meine Frau und ich haben dort zugeschaut, die haben uns angeschaut, haben nichts dergleichen getan und wir sind dann auf sie zumarschiert und meine Frau ist relativ deutlich geworden und hat gemeint, die Burschen sollen schauen, dass sie da weiterkommen, dann haben sie sich eh alle miteinander verflüchtigt und die Geschichte habe ich einmal bei einer Pressekonferenz, wo jemand gemeint hat, da ging es um die Kameras in Graz usw., dass eh alles so sicher ist, habe ich das einmal zitiert und so ist es zu einer Zeitungsgeschichte geworden, schadet auch nichts, weil ich glaube, Zivilcourage sollten Menschen beweisen. Ich möchte nur noch einmal dazu sagen, das Ergebnis letzten Endes war, dass ich auch mit der Sicherheitsdirektion und mit unseren Wachebeamten ausgemacht habe, dass sie alle Anstrengungen zu unternehmen haben, dass zumindest der Stadtpark, der leider Gottes ein Lieblingsplatz für Drogengeschäfte geworden ist, weil er die besten Fluchtmöglichkeiten in Graz hat. In Straßenzügen, beim Schloßberg gibt es halt immer nur zwei oder drei Ausgänge, werden sie leichter erwischt, wir wissen auch, dass wir damit nur verlagern, aber es tut schon manchmal auch gut, dass gerade Menschen und vor allem Kinder und Familien und ältere Leute im Stadtpark

möglichst nicht mit kriminellen Elementen sich diesen Park teilen müssen. Das heißt, es hat dann starke Razzien gegeben, die Polizei hat laufend Einsätze und wir haben ausgemacht, dass sie möglichst versuchen sollten, den Stadtpark wieder drogenfrei zu bekommen. Der Herr Gemeinderat Alexander Lozinsek ist ein bemühter Kämpfer darum, dass wir mehr Sicherheit in Graz haben, das weiß ich, aber auch meine Fraktion ist der Meinung, dass wir nicht extra per Gesetz wieder einen Gemeindesicherheitsausschuss einberufen sollten oder festlegen lassen sollten, wir haben einen. Ich bin gerne bereit, das auszudehnen auf mehr Sitzungen und diese ganzen Themen zu diskutieren, deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab, sagen aber sehr wohl, dass wir immer wieder gerne dabei sind, wenn es um mehr Sicherheit in der Stadt Graz geht und ich will Ihnen heute, wen das interessiert, dann auch den letzten Bericht zeigen, das ist das Bundesministerium für Inneres hat die vorläufige polizeiliche Kriminalstatistik vom Jänner bis September 2004 und 2005 der Abteilung 4 herausgegeben und das Schöne ist, Sie werden es wahrscheinlich nicht alle sehen können, aber dort, wo es eine rote Fläche gibt, gibt es eine Zunahme der Kriminalitätsstatistik, dort wo gelbe Flächen sind, haben wir gleich bleibende Werte und dann gibt es drei unterschiedliche Grünschattierungen bis zu dunkelgrün hin, dort gibt es massive Rückgänge und Sie sehen da in der Mitte auch die Landeshauptstadt Graz mit einer grünen Markierung, wo es wesentliche Rückgänge der Kriminalitätsstatistik im vergangenen Jahr gegeben hat und an dieser Stelle sollten wir uns, glaube ich, auch bei unseren Polizeibeamten, die es in Graz gibt, einmal ganz, ganz herzlich bedanken von dieser Stelle aus, weil sie halten den Kopf hin (*allgemeiner Applaus*). Also wir lehnen die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Lozinsek:** Also Statistiken Herr Bürgermeister, Sie wissen, die kann man so oder so auslegen und es wird dann, wenn es wieder so weit ist, und wenn wir kurz vor Wahlen stehen, wird sich dann versuchen, sehr viele Parteien, vielleicht nicht die Grünen aber zumindest die Großen in diesem Haus mit der FPÖ gemeinsam

sozusagen wieder verstärkt für die Sicherheit einsetzen. In dem Zusammenhang muss ich natürlich auf die Wortmeldung vom Kollegen Eichberger eingehen, weil die Haltung der SPÖ ist, wenn man sie über Jahre verfolgt, zum Thema Sicherheit, sie mag lustig sein auf der einen Seite, aber der anderen Seite für den Bürger traurig. Er gibt zu, der Kollege Eichberger, wir haben ein Sicherheitsdefizit. Sagt, wir müssen alles unternehmen, um auf der einen Seite dem Bürger das Gefühl zu geben, es heißt, er spricht von der subjektiven Sicherheit, dass es eben nicht so schlimm ist, lässt aber dabei die objektive Sicherheit, nämlich die tatsächliche Kriminalität aus. Und dass wir tatsächliche Kriminalität haben, wie auch dieser Vorfall jetzt auch gewesen sein mag, zeigt, dass man heutzutage ganz offen am helllichten Tag, denke ich, in Parkanlagen, die schließlich Zentren unserer Stadt sind und nicht irgendwelche dunklen Gassen oder Seitengassen sind, Drogen verkaufen und dealen kann. Und wenn der Herr Kollege Eichberger die personelle Ausstattung und mehr Polizei fordert, das ist sozusagen die Hauptforderung der SPÖ, seit es keinen roten Innenminister mehr gibt, ich kann mich nämlich erinnern, wie es noch einen Innenminister Löschnak gegeben hat, wurden in diesem Haus auch bereits Debatten geführt über Personalmangel, da war noch der Kollege Miedl am Rednerpult...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Da waren Welten dazwischen.*

GR. **Lozinsek:** Und da waren nicht Welten dazwischen, der Kollege Miedl hat damals schon kritisiert, dass der Dienstpostenplan nicht mit der eigentlichen personellen Ausstattung übereinstimmt und da kann ich mich erinnern, wie du, Charly Herper, herausgegangen bist und gesagt hast, das ist alles nicht wahr, wir haben mehr als genug Polizei und die Frau Kollegin Edlinger hat nachher noch sozusagen das Sahnehäubchen draufgegeben, indem sie gesagt hat, sie hätten eine Umfrage gemacht, ich glaube die sozialistische Jugend, eine Unterorganisation...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Da war sie noch nicht im Gemeinderat.*

GR. **Lozinsek:** Doch da war die Kollegin Edlinger am Wort, ich kann im Protokoll gerne nachschauen, Herr Finanzstadtrat...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Da war der Löschnak nicht mehr Minister.*

GR. **Lozinsek:** Da war es dann schon der Schlögl, entschuldige, aber ein roter Innenminister, einigen wir uns auf einen roten Innenminister und wo sie gemeint hat, die Bevölkerung wünsche sich nicht mehr Polizei, nein im Gegenteil, sie fühle sich durch mehr Polizei verunsichert und wünsche sich daher weniger Polizeipräsenz auf der Straße. Also das waren die Aussagen damals der SPÖ. Kaum haben sich die Farben im Innenministerium geändert, war alles ganz anders, die SPÖ versucht jetzt auch, am großen Sicherheitskuchen...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Schlechter ist es erst seit Blau-schwarz geworden.*

GR. **Lozinsek:** Gut, ich möchte nur noch eines sagen, wenn der Kollege Eichberger hier unterstellt, dass die Einrichtung solch eines Ausschusses dazu dienen soll, den Bürgern etwas vorzugaukeln, dann frage ich mich, was wir in dem Gemeindeumweltausschuss machen. Kollege Getzinger und Co., wir gaukeln allen Leuten vor, dass wir die Luft verbessern und dann sitzen wir eigentlich umsonst dort.



Dann würde ich vorschlagen, dass wir diesen Ausschuss auflösen und viele andere Ausschüsse vielleicht auch, weil wir den Bürgern nur etwas vorgaukeln. Also wenn es das ist, können wir generell über Ausschussverteilungen reden, ansonsten hätte ich mir schon wünscht, dass zumindest die Gegenargumente etwas griffiger sind, um diesen Antrag abzulehnen. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***